

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKE

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Götz Brandt
Wolfgang Borchardt

**Politische Begriffe
und ihre Anwendung
in der Ökologie**

Heft 26

DIE LINKE.

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 26

**Politische Begriffe
und ihre Anwendung
in der Ökologie**

**Götz Brandt
Wolfgang Borchardt**

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

2017

1. Aufl. (Heft 26 [2/2015], Januar 2017); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; 2017.

Der Inhalt einer Broschüre muss nicht in jedem Punkt mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Lektorat, Redaktion und Gestaltung:
Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
iinfo@oekologische-plattform.de
www.oekologische-plattform.de

Berlin, Januar 2017

Inhalt

Vorwort	5
In eigener Sache	6
1. Die Rolle der politischen Begriffe im politischen Denken und Handeln	7
2. Ökologische politische Begriffe und Bilder	12
2.1. Anthropozän	12
2.2. Raumschiff Erde	14
2.3. Planetarische Grenzen	15
2.4. Umweltverschmutzung.....	16
2.5. Naturschutz.....	16
2.6. Klimawandel	17
2.7. Klimaerwärmung	18
2.8. Klimakatastrophe	19
2.9. Klimaanpassung	20
2.10. Klimaschutz	22
2.11. Klimagerechtigkeit.....	23
2.12. Klimaflüchtlinge.....	24
2.13. Bioökonomie	26
2.14. Effizienzrevolution.....	27
2.15. Entkopplung.....	28
2.16. Nullemission	29
2.17. Globales Umweltmanagement	30
2.18. Nachhaltigkeit	31
2.19. Wachstum und Wohlstand	32
2.20. Sozial-ökologische Transformation	33
2.21. Smart City	34
2.22. Energiedemokratie.....	35
2.23. Erneuerbare Energien.....	36
2.24. Agrartreibstoffe	37
2.25. Pflanzenschutzmittel	38
3. Schlussbemerkungen	40
4. Anhang: Überblick über die betrachteten Begriffe	41
Literatur	43
Abkürzungsverzeichnis	55
Bibliographische Abkürzungen	55
Weitere Abkürzungen	55
Glossar	57

Autoren	63
Übersicht über „Beiträge zur Umweltpolitik“	64
Zielstellung der Beiträge	64
Bisher erschienen	64

Vorwort

Die Forscherin Elisabeth Wehling hat 2016 ein Buch mit dem Titel „Politisches Framing“ geschrieben (Wehling, E. 2016). Sie gibt eine Einführung in die neuro-kognitiven Grundlagen von Politik und Ideologie anhand zahlreicher Beispiele. Dieses Buch kann für die LINKE eine Anleitung zum Verhalten in politischen Debatten sein, da es zur eigenständigen Begriffsbildung statt zum Nachplappern neoliberaler Begriffsschöpfungen auffordert.

Was sind Frames? Es sind politische Schlüsselwörter, Begriffe, welche in unserem Hirn komplexe Wirkungs- und Bedeutungsstrukturen hervorrufen (Panther, K.-U. 2016). Da sprachliche Begriffe unser Denken bestimmen, ist die Analyse solcher Schlüsselwörter für die LINKE besonders wichtig, weil über die Sprache Wirklichkeit konstruiert und Politik gemacht wird, und zwar in der Regel vom politischen Gegner, den Verfechtern des Kapitalismus und Neoliberalismus, des Wachstumsfetischismus und Antikommunismus. In Umlauf gebracht werden solche Begriffe von Thinktanks, die z. B. als Stiftungen oder Vereine auftreten können.

Diese von Medien und Politik benutzten Schlüsselwörter drücken nicht die politische Meinung der LINKEN aus und sollten daher von ihr auch nicht genutzt werden. Denn sobald man die politischen Frames des Gegners benutzt, erkennt man diese auch an und propagiert die Weltsicht des politischen Konkurrenten, auch wenn man dagegen polemisiert. „Politische Gruppierungen, die es nicht schaffen, ihre eigene moralische Weltsicht zu verdeutlichen, ziehen sich gleichsam selber den Boden unter den Füßen weg, bis hin zum Verlust der Existenzberechtigung.“ (Wehling, E. 2016g) - Diese Erkenntnis sollte sich die LINKE zu Herzen nehmen.

Elisabeth Wehling analysiert nach einer theoretischen Einführung eine ganze Reihe von geläufigen politischen Begriffen. Darunter auch einige ökologische Begriffe, wie Klimawandel, Umweltverschmutzung und erneuerbare Energien.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass es notwendig ist, möglichst viele der gängigen ökologische Begriffe zu analysieren und zu versuchen, neue einzuführen, die unseren linken Anspruch betonen und die von allen LINKEN in der Praxis der politischen Arbeit genutzt werden sollten. Dazu soll mit der vorliegenden Broschüre ein Beitrag geleistet werden. Dabei erheben wir nicht den Anspruch, mit den hier vorgeschlagenen Begriffen die in Umlauf befindlichen zu ersetzen. In einigen Fällen ist das möglich und sinnvoll, andere sind

vielleicht zu „sperrig“ oder zu lang. Doch in jedem Fall sollen die Vorschläge zur (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Begriffswahl anregen.

Götz Brandt

In eigener Sache

Dies ist in summa schon die 26. Broschüre, seitdem Ende 2004 das erste Heft zur Gentechnik als 1/2005 erschien.

Manche Leser und Leserinnen werden vielleicht überrascht sein: Wir haben uns entschlossen, ab sofort die laufende Nummer der Broschüre in den Vordergrund zu rücken. - Wir hoffen damit, dass ein Interessent, der auf das Titelblatt schaut, nicht nach dem flüchtigen Wahrnehmen einer nicht aktuellen Jahreszahl das Heft gleich wieder aus der Hand legt, nur weil er meint, in unserer „schnellebigen“ Zeit könnte der Inhalt nicht mehr aktuell sein. Ebenso wie das Framing, d. h. die Rolle der Begriffsbildung für die praktische Wirksamkeit von Politik, um das es in dieser Broschüre geht, ist bekanntlich auch die Frage der Präsentation des Inhalts von Bedeutung ... - Aber es soll natürlich in der Regel bei zwei Ausgaben pro Jahr bleiben.

Um die Übersicht über die bisher erschienenen Publikationen zu erleichtern, haben wir alle erschienenen Ausgaben mit einer Nummer versehen. Daraus resultiert für das vorliegende Heft die laufende Nummer 26. Zukünftige Ausgaben werden hochgezählt und enthalten die Jahresangabe nur noch im Impressum. Werden ältere Ausgaben wieder aufgelegt, erhalten sie die jetzt vergebenen Nummern. Damit sind alle Ausgaben eindeutig zuzuordnen.

Zusätzlich werden wir in Zukunft am Ende der Hefte immer eine Liste der schon erschienenen Ausgaben abdrucken, so wie wir es bisher bereits bei den beim Mediaservice publizierten Ausgaben gehandhabt haben.

Die Redaktion

1. Die Rolle der politischen Begriffe im politischen Denken und Handeln

Die folgenden theoretischen Erläuterungen sind dem Buch von Elisabeth Wehling entnommen. Notwendig sind diese Einführungen in das Thema, weil es für viele fremd ist und die Erkenntnisse der neuro-kognitiven Wissenschaft den gängigen Meinungen und täglichen Erfahrungen scheinbar widersprechen.

Framing ist der „Prozess einer Einbettung von (politischen) Ereignissen und Themen in subjektive Deutungsrahmen durch massenmediale Akteure und politische Pressearbeit, umgangssprachlich ‚Kästchendenken‘ oder ‚in ein (Denk-)Raster setzen‘ genannt“ (Wikipedia, 2016f). „... der sprachliche Rahmen, in den eine sachliche Information eingebettet wird, kann die Befindlichkeit und Motivierungslage eines Gegenübers beeinflussen. So kann eine Information ganz unterschiedlich formuliert werden und dadurch ganz verschiedene Reaktionen hervorrufen. (Das bekannteste Beispiel: ‚Das Glas ist halb voll.‘ vs. ‚Das Glas ist halb leer.‘)“ (Wikipedia, 2016f). Aber: „Es ist ja nicht so, dass wir erst denken und dann versuchen, dieses Denken in Worte zu fassen. Wir denken schon in unserer Sprache, und diese Sprache, in der wir denken, kennt bestimmte Frames.“ (Eppler, E. 2016)

Für den englischen Begriff „Frames“ sind die deutschen Bezeichnungen „Rahmen“, „Umrahmung“, „Einrahmung“, „Gestalt“ und „Gerüst“ in Wörterbüchern zu finden.

Zum Beispiel wird der Begriff „Steuern“ mit Zusätzen versehen: Dem Begriff Steuer wird „Last“ hinzugefügt, also „Steuerlast“. Der neutrale Begriff „Steuer“ wird damit „eingerahmt“ und trifft so auf eine bereits in unserem Denken vorhandene emotional geladene Situation: Wir haben eine Last zu tragen, der man entkommen muss, indem „Steueroasen“ aufgesucht und „Briefkastenfirmen“ gegründet werden. Nur in Oasen fühlt sich unser Geld wohl, weil es da Wasser (Zinsen) gibt und kein Geld durch Besteuerung verloren geht (Wehling, E. 2016j).

Dieser Zusammenhang wird in unseren Köpfen erzeugt. Politische Begriffe bestimmen also nicht nur unser Denken und Fühlen, sondern auch unsere Werte und unser Handeln. Daher werden durch Politiker und Manager Schlüsselwörter geschaffen, die die dominierenden Interessen des Kapitals vertreten und uns ihrem politischen Handeln gefügig machen sollen. Das gilt auch für das Gebiet der Ökologie.

Parteien nutzen für den Wahlkampf gewöhnlich private Werbefirmen, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren. Die Erfahrungen bringen diese Firmen aus der Werbung für Produkte und Dienstleistungen mit. „Marketing und

Werbung entwickeln sich besonders schnell zu führenden und blühenden Wissensindustrien, die den übrigen Industrien allein die Fähigkeit verkaufen, den Geschmack, die Wünsche, Begierden, Gefühle, Weltvorstellungen usw. so zu konditionieren, dass dem Angebot der Firmen eine Nachfrage entspricht.“ (Gorz, A. 2001). Um nichts anderes geht es in der Politik.

Wir gehen gewöhnlich davon aus, dass wir als rationale Wesen vernunftgesteuert handeln. Wenn man alle relevanten Fakten zu einem Problem auf dem Tisch hat, dann könnte es zu einer objektiven Entscheidung kommen. So läuft die Sache aber nicht ab. In politischen Debatten sind nicht die Fakten entscheidend, die ohnehin nur in ausgewählter Anzahl und Herkunft in die Debatte gestreut werden, sondern der politische Deutungsrahmen (Frame) entscheidet. Durch Begriffe wird den ausgewählten vermittelten Fakten erst eine Bedeutung verliehen. Politische Begriffe sind selektiv, sie heben bestimmte Fakten und Realitäten hervor und lassen andere unter den Tisch fallen. Politische Begriffe bewerten und interpretieren politisches Wollen und Handeln (Wehling, E. 2016a).

Sind bestimmte politische Begriffe erst einmal in der Alltagssprache gebräuchlich, dann werden sie bei öffentlichen Debatten in unseren Köpfen auch aktiviert, sie leiten unser Denken und Handeln an, und zwar ohne dass wir es merken. Es ist nämlich so, dass in einzelnen Worten viel mehr Informationen stecken, als wir denken. Einzelne Worte aktivieren Wissen und Ideen, die bereits in unserem Hirn vorhanden sind. Unsere ganzen vorangegangenen Erfahrungen sind im Gehirn gespeichert und können durch einzelne Worte abgerufen werden. Ganz ähnlich, wenn wir in einer Internetsuchmaschine einen Begriff eingeben und sofort eine tausendfache Verknüpfung mit anderen Begriffen aufgerufen wird. „Wir begreifen, was einer sagt, indem unser Hirn so tut, als würden wir es selbst sagen.“ (Fadiga, L.; Craighero, L.; Buccino, G.; Rizzolatti, G. 2002) Dieses gedankliche „Nachahmen“ von Gehörtem oder Gelesenem durch im Gehirn gespeicherte Erfahrungen wird als „kognitive Simulation“ bezeichnet. „Wir simulieren also, was wir hören oder lesen, um es zu verstehen.“ (Wehling, E 2016b) Wenn es gilt, Worte oder Ideen zu begreifen, dann aktiviert das Gehirn einen Deutungsrahmen. Der Inhalt und die Struktur eines solchen Rahmens speisen sich aus unseren Erfahrungen mit der Welt. **Politische Begriffe geben also einzelnen Worten Bedeutung, indem wir diese in einen Zusammenhang mit unserem Weltwissen stellen.** Wenn Begriffe erst einmal in unseren Köpfen aktiviert sind, dann bestimmen sie, mit welcher Leichtigkeit Informationen von uns aufgenommen werden. Aber Begriffe bestimmen nicht nur unser Denken und unsere Wahrnehmung, sie bestimmen auch unser Handeln.

Auch in der politischen Debatte ist jedes Wort in einen sinngebenden Rahmen eingebettet - und es beeinflusst auch den Rahmen. Deshalb ist es so

wichtig, die Begriffe (Frames) gut auszuwählen, die wir nutzen. Menschen entscheiden auf sozialem, ökonomischem und politischem Gebiet in der Regel nicht nach Faktenlagen, die ihnen von den Medien ohnehin nicht objektiv vermittelt werden, sondern aufgrund von sinngebenden Begriffen, den Frames. (Wehling, E. 2016e). Es ist also sehr wichtig, in Debatten und der politischen Propaganda nur diejenigen Begriffe zu verwenden, die der eigenen Weltsicht gerecht werden.

Die von Marx geprägten Begriffserklärungen sollten wir beibehalten: Arbeitgeber ist der Arbeiter, Arbeitnehmer ist der Kapitalist und nicht im verdrehten falschen Frame der kapitalistischen Propaganda.

„Frames haben einen selektiven Charakter. Sie heben immer bestimmte Gegebenheiten hervor ... und blenden andere Gegebenheiten aus. ... Das ist in der Alltagssprache der Fall, und das ist in der Politik, wo es um kollidierende Weltsichten und Wertvorstellungen geht, nicht anders.“ (Wehling, E. 2016c)

Betrachtet man zum Beispiel den Begriff „Euro-Rettungsschirm“, so suggeriert der Begriff Schirm, dass wir uns wie gegen die Naturgewalten Regen oder brennende Sonne schützen müssen. Es geht scheinbar um eine Gefahr von außen - nicht durch andere Menschen verursacht oder gar durch Kapitalisten! Die meisten Menschen glauben das und fühlen sich gerettet (Wehling, E. 2016d).

Besonders deutlich wird der selektive Charakter politischer Begriffe bei Etikettierungen von Parteien oder Prozessen: Indem über „Farbrevolutionen“ gesprochen wird, werden nicht mehr Ziele, Interessen und Methoden der Akteure kommuniziert, sondern nur noch Vorstellungen aufgerufen. Wenn von den „Grünen“ die Rede ist, denken die meisten an ökologische Politik, bei den „Roten“ ist die Assoziation kontextabhängig entweder SPD oder LINKE mit den durch den jeweiligen Kontext aufgerufenen, bereits im Gedächtnis vorhandenen politischen Inhalten. Das ist auch einer der Gründe, weshalb es der LINKEN nur schwer gelingt, in der Öffentlichkeit mit ökologischen Positionen wahrgenommen zu werden. Die Schwierigkeit wird durch die LINKE selbst noch verstärkt, indem aus Angst, damit die Grünen zu stärken, ökologische Positionen in der Öffentlichkeit wenig (oder z. B. auf Wahlplakaten gar nicht) präsentiert werden.

Der Ökologischen Plattform ist das bewusst, so gab es z. B. aus ihren Reihen Ende der 90er-Jahre einen Antrag an den Parteitag, der sowohl die Verwechselbarkeit des Logos der PDS mit der SPD einerseits und der mangelhaften Wahrnehmung ihrer ökologischen „grünen“ Färbung abhelfen wollte. Ein Buchstabe der PDS sollte grün werden (Umwelt), ein Buchstabe violett (Emanzipation) und ein Buchstabe sollte weiß (Pazifismus) bleiben. Leider

konnte der Antrag auf dem Parteitag in Münster selbst nicht mehr behandelt werden. Im Parteivorstand wurde er dann abgelehnt (PDS 2000).

Da nicht Fakten, sondern politische Begriffe unser Entscheidungsverhalten bedingen, kommt es darauf an, **in Diskussionen die linken Begriffe möglichst zuerst zu setzen**, weil sie dann das Denken allgemein dominieren. Auf diesem Gebiet wird bei den Linken kaum geforscht oder die Diskussion geführt. Dieses Politikfeld wird sträflich vernachlässigt. Man kann politische Begriffe nicht vermeiden und nur rein faktenorientiert kommunizieren, das funktioniert nur bei einigen objektiven Wissenschaftlern, aber da auch nicht bei allen. Der größte Teil unseres Denkens, 98 %, findet nämlich außerhalb unserer bewussten Wahrnehmung statt (Higgins, E. T. 1996; Kahnemann, D.; Tversky, A. 1984; Rock, A. 2005). Erstaunlich ist, dass **„Menschen mit umfassenden politischen Kenntnissen gegenüber politischen Begriffen anfälliger [sind] als diejenigen unter uns, die wenig über Politik nachdenken und wenig über die Details politischer Angelegenheiten informiert sind“** (Druckman, J. N.; Nelson, K. R. 2003; Miller, J. M.; Krosnick, J. A. 2000; Nelson, T. E.; Oxley, Z. M.; Clawson, R. A. 1997; Slothuus, R. 2005). Das „politisch trainierte“ Gehirn kann eben schneller in dem einen oder anderen Begriff denken, weil sofort die entsprechenden Bedeutungsrahmen aktiviert werden.

Wer in den Debatten gegen einen kapitalistischen Begriff diskutiert oder sich verteidigt, der hat in aller Regel schon verloren. Er versäumt, die eigene Weltsicht zu propagieren und er bestärkt, auch wenn er dagegen ist, die Weltsicht des politischen Gegners. Einen politischen Begriff zu negieren, bedeutet immer, ihn zu aktivieren, sich gedanklich auf ihn einzulassen. Eigene Ideen, über die nicht geredet wird, haben keine Überlebenschance in der Demokratie. Sozialistische Werte oder Moralvorstellungen müssen deshalb ständig wach gehalten werden, indem sie in politischen Diskussionen immer wieder dargelegt und ausgebaut werden.

Politische Begriffe bestehen in der Regel aus einem abstrakten politischen Konzept wie zum Beispiel „Steuern“ und aus einem konkreten Konzept aus unserem Alltag, zum Beispiel „Erleichterung“. Lasten sind negativ, man muss sich von ihnen befreien, das ist die Aussage des Begriffs, also ist Steuersenkung (für die Reichen - d. Autoren) die richtige politische Entscheidung (Wehling, E. 2016f).

Je besser und häufiger ideologische Begriffe in der alltäglichen politischen Arbeit kommuniziert werden, desto besser ist der Einzelne davor geschützt, sich moralisch zu entkernen. Das darf aber nicht so weit gehen, dass die Diskussion in den eigenen Reihen dogmatisch und verknöchert wird, wie zum Ende der DDR-Zeiten.

Die LINKE steht also vor der Aufgabe, Bilder und Szenen für politische Vorgänge zu schaffen, mit denen Sachverhalte besonders plastisch kommuniziert werden können. Solche sogenannten „Metaphern machen abstrakte Konzepte maximal bedeutungsvoll, indem sie diese an direkte Welterfahrung anbinden und damit für uns ‚erfahrbar‘ und ‚fühlbar‘ machen“ (Wehling, E. 2016h).

Es muss aber vermieden werden, Bilder zu nutzen, die der gewöhnlichen Wahrnehmung der Welt nicht entsprechen oder sogar widersprechen (Wehling, E. 2016i). Und es kommt auch darauf an, solche Begriffe zu verwenden, die mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen übereinstimmen. Andernfalls tragen sie zur Verschleierung von Interessen und zur Verdummung bei. Einige Beispiele sind: „erneuerbare Energie“, „Energie-“ oder „Stromproduktion“, „Naturzerstörung“, „Nullemission“, „Totalrecycling“.

Im Folgenden soll versucht werden, für die ökologische Politik der LINKEN richtige und wirkungsvolle Bilder (Metaphern) zu finden. Jeder Leser und jede Leserin sind aufgerufen mitzumachen und eigene Vorschläge einzubringen, damit unsere politische Arbeit wirkungsvoller wird.

Der Rahmen wird dabei gespannt von allgemeinen, auf den Planeten bezogenen Begriffen bis über das Klima, die Wirtschaft, Energie und die Landwirtschaft.

2. Ökologische politische Begriffe und Bilder

2.1. Anthropozän

Bei diesem an den Anfang gestellten Begriff bemühen sich die Linken um eine eigene Begriffsprägung, die aber unseres Erachtens aus ökologischer Sicht falsch positioniert wird und eher kontraproduktiv wirkt.

Der Nobelpreisträger Paul Crutzen hat den über hundertjährigen Begriff „**Anthropozän**“ im Jahr 2000 auf einer Konferenz des Weltklimarats IPCC neu in die Debatte geworfen. In einem Aufsatz für die Nature „The Geology of Mankind“ 2002 legte er seine Gründe nochmals dar: Nach Jahrtausenden des Kampfes um das Überleben in der Natur wechseln die Rollen in das Gegenteil. - Die gewaltigen wirtschaftlichen und technischen Prozesse, die sich beginnend mit der industriellen Revolution heute vollziehen, beeinflussen und formen die Natur in globalen Dimensionen und rechtfertigen damit die Deklaration eines neuen geochronologischen Abschnitts, des sogenannten Anthropozäns (Müller, M. 2013).

In der Tat, das „menschlich gemachte Neue“, wie die Übersetzung aus dem Griechischen lautet, wird seit der Industrialisierung immer deutlicher: Zumindest über die Erderhitzung durch Schadgaseintrag in die Atmosphäre ist es schon heute sichtbar. Der Mensch tritt als gestaltende Kraft in der Natur auf - bisher fast ausschließlich zu ihrem Nachteil (siehe auch Brandt, G. 2013).

Der Begriff Anthropozän ist unpolitisch, wertneutral. Er fordert nicht zur Rettung der Zivilisation vor der Erderhitzung, dem Artenschwund, der Bodendegeneration, der Meervermüllung, dem radioaktiven Fallout usw. auf. Dieser Begriff lässt offen, ob es zu einer sehr unsicheren und ungemütlichen Erdperiode kommen wird. Die erkannten planetarischen Grenzen fordern jedenfalls dringlich politisches Handeln gegenüber der grenzüberschreitenden Industrie. Die aktuelle Frage der Anhänger der Wachstumswirtschaft ist doch, wie kann die große Beschleunigung im Ressourcenverbrauch seit den 50er-Jahren aufgehalten werden, ohne die Profitwirtschaft abzuschaffen? Es gibt gegenwärtig eine „paradoxe Mischung zwischen apokalyptischer Rhetorik und der pragmatischen Verteidigung des institutionellen Status quo, bei der Politik im radikalen Sinne gar nicht mehr vorkommt“ (Swyngedouw, E 2011).

Ein weiteres Problem des Begriffes „Anthropozän“ ist, dass er bestenfalls die IST-Situation kennzeichnet, jedoch keine Richtung der (möglichen) Entwicklung. Das Gegenteil ist der Fall: Indem er die Menschheit in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, verschleiert er die Gefahr der Selbstvernichtung – es ist einfacher, an sich und die eigenen Fähigkeiten zu glauben als die eigene Handlungsweise grundsätzlich in Frage zu stellen. Das wäre jedoch nötig, um zu überleben.

Wie soll sich die LINKE zum Begriff „Anthropozän“ stellen? Schon Karl Marx hatte erkannt, dass Natur und Gesellschaft nicht unabhängig voneinander existieren, sondern sich bedingen. Neu ist aber heute, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten der Industrieländer in planetarischen Ausmaßen und über lange Zeit das Natur-Gesellschaft-Verhältnis stören bzw. zerstören. Auf diese Weise widerlegt sich der Mensch selbst als intelligentes Wesen. Das gemütlche Klima des Holozäns - der jüngste Zeitabschnitt der Erdgeschichte, der bis heute andauert - kann bald vorbei sein und eine menschengemachte Heißzeit beginnen. Die Menschheit hat sich zwar die Erde „untertan“ gemacht, wie die Bibel vorgab, aber sie ist nicht in der Lage, die Naturverhältnisse zu kontrollieren oder gezielt zu beeinflussen. Es ist deshalb dringend geboten, eine sozial-ökologische Revolution der Gesellschaft zu fordern und zu realisieren (BTF DIE LINKE 2012; ISM 2011; Altvater, E. 2005).

Lenin charakterisierte unsere Gesellschaftsformationen vor einem Jahrhundert als Periode des „parasitären, faulenden und sterbenden Kapitalismus“ (Lenin, W. I. 1977). Jetzt haben wir das „Zeitalter des zerstörenden Kapitalismus“, in dem die Menschen und die Natur um des Maximalprofites willen systematisch vernichtet werden, erreicht. Das „Zeitalter des zerstörenden Kapitalismus“ wird neuerdings auch als „**Kapitalozän**“ statt Anthropozän benannt. Damit wird darauf hingewiesen, dass nicht der Mensch an sich schuld an der Entwicklung ist, sondern die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse.

Auf den ersten Blick könnte man dieser Argumentation, die auch Vertreter der wenigen, auch den Stellenwert der Ökologie anerkennenden marxistischen Politikwissenschaftler wie E. Altvater (Speckmann, G. 2016) bekräftigen, zustimmen. Aber die Positionierung des Kapitalozäns als Erdzeitalter ist bei genauem Blick aus verschiedenen Gründen abzulehnen und über das Ziel hinausgeschossen, so sehr man die Beweggründe dafür verstehen kann. Erdzeitalter sind in der Regel viele Millionen oder zumindest Tausende Jahre lange Abschnitte der Erdgeschichte. Wollen wir wirklich dem Kapitalismus von uns aus so eine lange Perspektive einräumen? Doch auch im Rahmen der Menschheitsgeschichte wäre die Bezeichnung Kapitalozän eine Überhöhung der Bedeutung des Kapitalismus. Zumindest die Hoffnung sollte man nicht aufgeben, ihn überwinden zu können. Und will man dann in ... Jahren ein neues Zeitalter „Kommunozän“ ausrufen? (Anmerkung: Schon der Begriff Anthropozän ist in den Geowissenschaften umstritten, worauf an dieser Stelle aber nicht weiter eingegangen werden soll (Görg, C. 2016)).

Eine andere Bezeichnung für das gegenwärtige und erwartete Erdzeitalter schlägt J. Tallig in Anlehnung an E. Fromms Kennzeichnung des Kapitalismus als nekrophil (Tallig, J. 2014; 2016) vor: „**Nekrozän**“. „Das kapitalistisch verfasste Anthropozän erweist sich immer mehr als Nekrozän, als Zeitalter des

Toten und des Todes ...“ (Tallig, J. 2016a) Für diese Bezeichnung ist die Gefahr der Selbstvernichtung ein guter Grund. Man kann annehmen, dass der Mensch, wenn er denn seine eigenen Krisen überleben sollte, das nur schaffen wird, wenn er zukünftig das Potenzial zur Änderung der Umwelt nutzt, aber punktuell, verantwortungsbewusst und unter Berücksichtigung der komplexen Auswirkungen auf die Geosphäre. So eine „Mensch-Natur-Versöhnungs-Periode“¹ bezeichnete Wernadski als Noosphäre (Wikipedia 2016l). Wir könnten unser Ziel daher auch „Vernunftzeitalter“ nennen. Und der biologische Begriff des modernen Homo sapiens (Mensch) ist direkt mit dem Entstehen gesellschaftlicher Strukturen verbunden. Insofern hat der gesellschaftlich „neutrale“ Begriff Anthropozän nur Sinn bei einer optimistischen Sicht auf die nächsten Jahrtausende, als Alternative wäre noch „**Soziozän**“, d. h. das Erdzeitalter denkbar, das durch die gesellschaftliche Bewegungsform der Materie geprägt wird.

2.2. Raumschiff Erde

Mit dem Bild vom „Raumschiff Erde“ soll auf die Begrenztheit der Erde hingewiesen werden. Ein Raumschiff ist eine technische Meisterkonstruktion. Mit diesem Bild wird der Glaube an den technologischen Fortschritt und die Beherrschbarkeit der Natur verbreitet (Köhler, B. 2016). Früher gab es auch noch das Bild des Bootes: „Wir sitzen alle in einem Boot.“ Angesichts der zunehmenden Erderhitzung wird auch noch davon gesprochen: „Das Raumschiff hat keinen Notausgang.“ (Crutzen, P.; Davis, M.; Mastrandrea, M. D.; Schneider, S. H.; Sloterdijk, P. 2011) Wir haben zwar eine gemeinsame Bedrohung, aber im Boot oder im Raumschiff sitzen nicht alle. Das ist ein irreführendes Bild. Es gibt nämlich auf der Welt vielfältige soziale, politische und ökonomische Ungleichheiten, die den Platz des Einzelnen bestimmen. Das wird mit der Metapher vom „gemeinsamen Boot“ und der „gemeinsamen Bedrohung“ vergessen gemacht. Das „Raumschiff Erde“ entspricht eher einem **Sklavenschiff, das Einzelne steuern dürfen**, wenige befinden sich auf dem Oberdeck, viele unter Deck und die meisten im Laderaum bei den Ratten.

Die „Bevölkerungsexplosion“ (Ehrlich, P. 1968) wird oft als Hauptproblem der Tragfähigkeit der Erde genannt. Das „Rettungsboot“ kann dann im Interesse des Überlebens nur eine tragbare Anzahl von Menschen ins Boot holen. Da kommt der Gedanke zum Vorschein, dass Hilfe für arme Länder ohnehin keinen Sinn hat, die können ohnehin nicht alle ins Boot genommen werden.

Das Bild vom Raumschiff Erde weist zwar immer wieder auf die **Grenzen und die Bedeutung ökologischer Belange** hin. Es werden aber bei der an-

¹ Schon Engels hat darauf hingewiesen, dass das Ziel die „Versöhnung des Menschen mit der Natur und mit sich selbst“ sein muss (Engels, F 1970).

gestrebten Lösung globaler Umweltprobleme regelmäßig Meinungen laut, dass eben problematische soziale Nebeneffekte bei der Raumschiffbesatzung auftauchen können (Köhler, B. 2016).

Die LINKE muss die grundlegenden Bedingungen einer Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Diskussion zu diesem Raumschiffproblem stellen. Die Erde kann eben entweder nur für alle gerettet werden oder für alle nicht.

2.3. Planetarische Grenzen

In der Debatte über die „Grenzen des Wachstums“ in den vergangenen Jahrzehnten stehen die natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt. Die Probleme sind auch heute ungelöst. Der Earth Overshoot Day (dt. Erdüberlastungstag, Welterschöpfungstag), der Tag im Jahr, ab dem mehr Ressourcen verbraucht werden, als erneuert werden können, verschiebt sich immer weiter zum Jahresanfang (Brandt, G. 2016). Gegenwärtig wird vor allem über globale Kippunkte und Schwellenwerte diskutiert (Görg, C. 2016). Es wird untersucht, welche Belastungsgrenzen das System hat. Werden Schwellenwerte (Tipping Points) überschritten, dann kommt es zu erheblichen Schädigungen. Überschritten sind bereits Grenzwerte beim Klima, bei der biologischen Vielfalt und beim Stickstoffeintrag in die Luft. Aber auch bei der Schwächung der Ozonschicht, der Bodendegradation, der Trinkwassernutzung, der Meeresversauerung, dem Phosphoreintrag in die Meere und der Verschmutzung mit Chemikalien sind wir bei den Tipping Points angekommen (Steffen, W.; Rockström, J.; Constanza, R. 2011).

Politisch gibt es vor allem das 2-°C-Ziel², das im Vordergrund aller Diskussionen um die Grenzen der Belastung steht. (BMUB; BMBF; Deutsche IPCC Koordinierungsstelle; UBA 2016). Obwohl dieses Ziel ein Kompromiss ist zwischen dem naturwissenschaftlich begründeten und beim Pariser Klimagipfel formulierten 1,5-°C-Ziel (UNFCCC 2015, BMUB 2016) und wirtschaftlichen und politischen Interessen, werden aber bisher von den Regierungen keine großen Anstrengungen unternommen, wenigstens das 2-°C-Ziel auch zu erreichen (Odenwald, M. 2016, Kipping, K. 2016). Wie es aussieht, werden in einigen Jahrzehnten weitere planetarische Grenzen überschritten.

Die LINKE muss darauf aufmerksam machen, dass es vor allem **das kapitalistische System ist, dass die planetarische Grenzen überschreitet und dabei keine ethischen, moralischen, sozialen, ökologischen und nicht**

² In Anpassung an das SI-System (Système international d'unités - franz. Internationales Einheitensystem) wird für Temperaturdifferenzen K (Kelvin) empfohlen, es darf aber auch Grad Celsius (°C) benutzt werden. In dieser Publikation wird Grad Celsius verwendet.

einmal ökonomische Rücksichten nimmt. Daher muss dieses System beseitigt und die Profittriebkräfte müssen unwirksam gemacht werden.

2.4. Umweltverschmutzung

Dieser Begriff, der auch von E. Wehling analysiert wurde (Wehling; E. 2016o) wird sehr häufig verwendet, wenn es um den langsamen, aber sich beschleunigenden Entzug unserer Lebensgrundlagen geht. Das Problem ist lange bekannt und viele Weltkonferenzen haben sich damit beschäftigt, ohne dass der Verschmutzung ernsthaft Einhalt geboten wurde oder sie beseitigt werden konnte.

Der Begriff „Verschmutzung“ wird der gegenwärtigen Entwicklung als Bild (Metapher) nicht gerecht. Schmutzecken werden im Alltag wieder beseitigt. Da kommt eben die Putzkolonnen und macht alles wieder blank. Verschmutzung ist die „wohl sanfteste Art und Weise, über Verunreinigung zu reden und zu denken“ (Wehling, E. 2016p). Schärfer sind da schon die Begriffe Verdrecken oder Besudeln. Diese Frames rufen Ekel und Abscheu hervor und aktivieren stärker zum Handeln.

Und ein zweiter Punkt: „Man sagt: ‚Die Kinder haben schon wieder den Flur schmutzig gemacht‘, aber nicht: ‚Die Kinder haben schon wieder den Flur verschmutzt.‘“ (Wehling, E. 2016p) Durch das Wort Umweltverschmutzung wird also „der Endzustand (die Umwelt ist hinterher schmutziger als davor), nicht aber die Ursache (der Mensch hat die Umwelt schmutzig gemacht) profiliert“ (Wehling, E. 2016p).

Linke sollten den Begriff Umweltverschmutzung deshalb nicht verwenden. Er bildet nicht die reale Lage ab und ist zu „zahn“. Besser wäre, von „**Umweltverseuchung**“ durch Abwässer oder „**Umweltvergiftung**“ durch die Chemiekonzerne zureden. Die Menschen tragen Gifte in die Umwelt und sind dafür verantwortlich. D. h. die Menschen schädigen sich durch die Selbstzerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlagen, sie steuern auf einen „**Ökosuizid**“ zu, sie betreiben praktisch eine „**ökologische Selbstmordvorbereitung**“.

2.5. Naturschutz

Der Begriff aktiviert immer auch seinen Gegensatz „Naturzerstörung“. Letzteres wäre tatsächlich eine unvorstellbare Katastrophe. Doch „die Natur“ wird nicht zerstört. Durch menschliche Eingriffe wird sie verändert – in einer Art und Weise, die uns gefällt oder nicht, die uns nützt oder schadet, doch sie

existiert in irgendeiner Form weiter.³ Es geht also nicht darum „die Natur“ zu schützen, sondern um die Frage, was zu erhalten und zu schützen ist und vor allem wovon bzw. vor wem. Es geht um die Ursachen unerwünschter Veränderungen von Landschaften, des Aussterbens von Arten, der Vergiftung von Flüssen und Seen. Erst, wenn diese Fragen durchdacht und beantwortet werden, besteht überhaupt eine Chance, dass die gesellschaftlichen Bedingungen entstehen, die es Menschen ermöglichen, sich im Einklang ihrer natürlichen Umwelt zu entwickeln. Gerade diese Fragen werden aber durch den Begriff „Naturschutz“ ausgeblendet. Das ermöglicht es Naturschützern in voller Überzeugung, für das Überleben einzelner Tier- und Pflanzenarten, -gattungen oder -familien einzutreten, ohne die gesellschaftlichen Ursachen zu sehen oder gar anzuprangern, die den Erfolg der eigenen Bemühungen immer wieder infrage stellen.

„Naturschutz“ widerspiegelt ein „lyrisches“, ein emotionales, romantisches Verhältnis zu einer menschlich unberührten Natur – die es schon lange nicht mehr gibt. Denn „der Mensch“ befindet sich seit Beginn seiner Entwicklung in einem widersprüchlichen Verhältnis zu seiner nichtmenschlichen Umgebung. Beide Seiten haben sich in Jahrtausenden entwickelt, wobei die Maßstäbe der menschlichen Eingriffe immer größer wurden und inzwischen globale Ausmaße angenommen haben. Ursache dafür ist die kapitalistische Verwertungslogik, die zu immer weiter fortschreitendem Wachstum führt und dabei alles nicht Verwertbare, nicht Kapitalisierbare als unwesentlich ignoriert. Da diese Zusammenhänge im Wesentlichen unberücksichtigt bleiben, ist die „Naturschutz“-Bewegung für das Kapital also vielleicht etwas lästig, aber dennoch kompatibel mit der kapitalistischen Wirtschaft.

Alternativ konkret sollten wir den **Schutz bedrohter Arten**, den **Erhalt der Biodiversität**, den **Schutz von Trinkwasserressourcen und vor Boden-degradation** beim Namen nennen. Denn bei diesen Beispielen zeigt sich, dass „Naturschutz“ seinem Wesen nach nicht Schutz einer imaginierten unberührten Natur ist, sondern Erhalt der menschlichen Lebensgrundlagen: **„Menschen-, Selbstschutz“** oder noch besser **„Daseinsschutz“** wären deshalb umfassendere Begriffe, die ehrlich den Kern des Anliegens freilegen.

2.6. Klimawandel

Mit dem „Wandel“ des Klimas wird weder eine gute noch eine schlechte Nachricht verkündet. Es kann eben kälter oder auch wärmer werden. Wenn sich die Erde nur erwärmt, ist das für viele ganz angenehm. Daher wird der Begriff Klimawandel häufig positiv empfunden. Entsprechend fallen die Um-

³ Das darf selbst für einen nuklearen Winter angenommen werden - nach dem vielleicht kein Mensch mehr lebt, der über „die Natur“ nachdenken kann.

fragen aus: Die meisten Menschen in Europa haben keine Angst vor einem Klimawandel. Da Klimawandel mit der Änderung der Wetterbedingungen über große Zonen und Zeiträume hinweg verknüpft ist, weiß man nicht, wo und wann der Klimawandel auftritt. Es wird uns schon nicht treffen, „nur“ Afrikaner und Ostasiaten. Eine Aussage, ob sich unsere persönliche Lage verschlechtert oder verbessert, wird durch den Frame Klimawandel nicht getroffen, es ändert sich eben, ohne dass es besser oder schlechter wird: ein völlig neutraler Begriff. Er dient der Erhaltung des wirtschaftlichen Status quo (Wehling, E. 2016k).

Die Fakten, was mit dem Weltklima auf lange Sicht passiert, wenn wir den Kipppunkt der 2-°C-Erwärmung übertreten, hat der Weltklimarat hinreichend zur Kenntnis gebracht. Es kommt nämlich zur „Klimaverschlechterung“, zur **„Erderhitzung“**, zur „Selbstverbrennung“ (Schellnhuber, H. J. 2015).

Für die LINKE ist es also notwendig, den Begriff Klimawandel nicht mehr zu nutzen. Richtig wäre, den Begriff der Erhitzung zu nutzen, der aber auch noch nichts über die Veränderung des Lebens der Menschen aussagt. Der Begriff **„Selbstverbrennung“** trifft die zukünftige Lage der Menschheit am besten, diesem Begriff sollten wir vorrangig nutzen.

2.7. Klimaerwärmung

„Wärme‘ ist ein durchgehend positiv besetztes Konzept. Wenn uns warm ist, dann geht es uns gut. Wenn uns dagegen kalt ist, geht es uns schlecht - also wärmen wir uns auf. Während Hitze und Kälte unangenehm sein können, ist Wärme gemeinhin etwas Gutes, etwas, vom dem es eigentlich nicht zu viel geben kann. Und: Wenn etwas wärmer wird, dann wird es nicht heiß, eben nur ein bisschen wärmer.“ (Wehling, E. 2016m)

Der Begriff Erwärmung wird in der Alltagssprache eigentlich selten benutzt. Wir erwärmen unsere Wohnung nicht, sondern wir drehen die Heizung auf. Allerdings können wir uns für eine Sache emotional erwärmen. Wir können uns für Ideen erwärmen. Unser Herz erwärmt sich, wenn wir unsere Liebste sehen oder unsere Kinder. Es gibt also eine sprachliche Verbindung von erwärmen und positiven Gefühlen: „Die sprachliche und gedankliche Verbindung von Wärme und positiven Gefühlen basiert auf der Metapher Zuneigung ist Wärme.“ (Wehling, E. 2016n)

„Das Konzept der ‚globalen Erwärmung‘ ist also durch und durch ungeeignet, den zu erwartenden Temperaturanstieg und die daraus entstehenden Gefahren und Handlungsnotwendigkeiten darzustellen.“ (Wehling, E. 2016n).

Die Erderhitzung ist seit der Industrialisierung messbar. In den letzten 50 Jahren hat sich der Anstieg der Weltdurchschnittstemperatur gegenüber den

vergangenen 100 Jahren menschengemacht verdoppelt nämlich auf ca. 0,13 °C pro Jahrzehnt gegenüber 0,07 °C pro Jahrzehnt (Wikipedia 2016g). Diese bereits angestoßene Erwärmung wird für die nächsten 1 000 Jahre irreversibel sein, selbst wenn die Treibhausgasemissionen abrupt gestoppt würden. Der Begriff der „Erwärmung“ ist also viel zu harmlos und lenkt von den gefährdenden Tatsachen ab. Wir sollten aus menschlicher Sicht daher immer von „**globaler Erhitzung**“ oder „**Klimaerhitzung**“ sprechen, am prägnantesten wäre der Terminus „**Erderhitzung**“, um die Tatsachen richtig darzustellen.

2.8. Klimakatastrophe

Eine Naturkatastrophe liegt vor, wenn in der Natur für den Menschen ungewöhnliche, schreckliche und unvorhersehbare Vorgänge ausbrechen. Diese Katastrophen überziehen die Menschen mit einem Unglück: Erdbeben, Vulkanausbrüche, Tsunamis, Lawinen und Meeresspiegelanstiege wie die vor Jahrtausenden schon einmal als regionales Ereignis auftretende Sintflut, die nach neueren Erkenntnissen der Einbruch des Mittelmeeres durch das Abschmelzen der Gletscher der letzten Eiszeit in die Senke des Schwarzen Meeres gewesen sein könnte (Wikipedia 2016i). Diese Vorgänge stellen unvermeidliche Ereignisse dar. Die Klimakatastrophe ist aber keine natürliche und vom Menschen nicht beeinflussbare Katastrophe. Im Gegenteil: Die Menschen lösen sie aus und bestimmen ihre Qualität und Quantität. Der Begriff Klimakatastrophe will vortäuschen, dass es sich um eine Naturkatastrophe handelt. Er soll von den Verantwortlichen ablenken.

Katastrophale Schilderungen der Erderhitzung erzielen allgemeine Aufmerksamkeit und fordern zum Handeln auf. Da wird in den Medien von einem weltweiten Wetterumschwung, einer Katastrophe auf Raten, vom Tod im Treibhaus, der Polschmelze, dem Ozonloch, dem Klima-GAU und dem Umkippen des Golfstroms gesprochen. Es wird prophezeit, dass der Planet Erde unbewohnbar wird (Leggewie, C; Welzer, H. 2010), dass einzelne Kulturen untergehen werden (Welzer, H. 2008) oder dass die gesamte menschliche Zivilisation untergeht (Wiesnet, S. 2012). Diese Katastrophenszenarien sollen aufrütteln, aber sie sind zurzeit (noch) übertrieben, und vor allem lenken sie von den jetzt schon spürbaren Auswirkungen der Erderhitzung im globalen Süden ab. Die dortige reale Bedrohung führte bisher nicht zu einer weltweiten Solidarität oder zu Hilfsmaßnahmen. Im Namen der sogenannten Entwicklungshilfe werden vor allem die Rohstoffausbeutung und der Anbau von Pflanzen für Treibstoffe sowie die Abwehr von Klimaflüchtlingen betrieben - und somit wird die Katastrophenlage noch verschlimmert.

Es besteht die Gefahr, dass die Naturveränderungen durch langsame Gewöhnung als beherrschbare Katastrophe angesehen werden. Diese Gewöhnung wird von denjenigen Kräften gefördert, die an der fossilen Wirtschaft nichts ändern wollen und die Ursachen der Katastrophen verschweigen. „Durch die Beschwörung einer zukünftigen Katastrophe im globalen Norden werden die bereits heute stattfindenden und erlebten Katastrophen (Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöte und Krankheiten) vor allem im globalen Süden ausgeblendet oder zumindest relativiert. Der katastrophale Status quo erscheint dadurch als relativ besser und somit akzeptabel.“ (Schmitt, T. 2016).

Die dringend erforderlichen Maßnahmen, um die Erderhitzung noch zu stoppen und die drohenden Katastrophen abzuwenden, können nur über bindende internationale Vereinbarungen und Maßnahmen herbeigeführt werden. International müsste die fossile Wirtschaft in den nächsten drei Jahrzehnten beendet werden (Dekarbonisierung) und bis 2050 der Ausstoß von Treibhausgasen auf Null sinken, um das Zwei-Grad-Celsius-Limit der Erderhitzung einzuhalten und damit den Klimawandel und die Katastrophe noch abzuwenden (Reimer, N.; Staude, J. 2015). Unter den heutigen kapitalistischen Machtverhältnissen ist das aber eine Utopie. Anstatt die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu verändern, wird von den herrschenden Mächten eine Lösung durch ökologische Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise unter den Namen „Green New Deal“, „Green Economy“, „Ökologische Modernisierung“ vorgetäuscht. Verbote oder Grenzwerte werden nicht beschlossen und vorhandene nicht durchgesetzt. Dagegen erhalten Lösungsansätze wie zum Beispiel das Geo-Engineering, das großräumige Eingreifen in die planetaren Kreisläufe, das risikoreich und kostenintensiv ist, eine Aufwertung. Dadurch wird die kapitalistische Produktionsweise sogar stabilisiert.

Die LINKE muss in der Klimadebatte die Erderhitzung und die zukünftigen Katastrophen als Argument zum Umbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nutzen und die Verursacher der Katastrophen anprangern und bloßstellen. Die LINKE muss **eine gesellschaftliche Revolution fordern**, eine **grundlegende sozial-ökologische Umgestaltung** der bestehenden Gesellschaft, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden.

2.9. Klimaanpassung

Das Klima wird nicht angepasst, sondern die Menschen müssen sich an die Erderhitzung anpassen. Richtig wäre daher, von Menschenanpassung an den Klimawandel zu reden. Mit „Klimaanpassung“ wird so getan, als ob das Klima eine unveränderliche Konstante wäre, an die man sich adaptieren

müsse. Es wird ausgeblendet, dass die Menschen das Klima verändern. Dieser Zusammenhang wird vom politischen Establishment bewusst verschwiegen. Ursache und Wirkung sollen nicht erkannt werden.

Da der Klimawandel nach Auffassung vieler Wissenschaftler nicht mehr abwendbar ist, sondern lediglich begrenzt werden kann, wird darüber diskutiert, wie man die Empfindlichkeit natürlicher und menschlicher Systeme verringern könnte. Die vom Bundeskabinett beschlossene „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ vom 17.12.2008 geht davon aus, dass sich bis zum Jahre 2100 die Temperatur in Deutschland durchschnittlich um 3,5 °C erhöhen wird. Die Winterniederschläge sollen um 40 % zu-, die Sommerregen um 40 % abnehmen. Ob die angedachten Maßnahmen für den Küsten- und Hochwasserschutz ausreichen, wird nicht eingeschätzt. Es wird so getan, als ob die angenommenen 3,5 °C nur eine graduelle Veränderung seien, gegen die man etwas tun könnte - also kein Grund zur Aufregung. Dass es sich hier aber um einen irreversiblen und progressiven Vorgang handelt, der zur Weltkatastrophe führen kann, das wird ausgeblendet. Dass man sich an diese Entwicklung nicht anpassen kann, egal mit welchen technischen Infrastrukturmaßnahmen, das wird gar nicht erst diskutiert. Klar war aber für die Bundesregierung offenbar schon 2008, dass die Erderhitzung nicht aufzuhalten ist – deshalb gab es auch keine Bemühungen um eine Dekarbonisierung (Bundesregierung 2008).

Schützen sollen sich die Bürger derjenigen Staaten, die von klimatischen Veränderungen stark betroffen sein werden. Wird die Anpassung nur auf diese Staaten beschränkt, dann können globale soziale Verwerfungen, notwendige globale wirtschaftliche Anpassungen und Demokratisierungsforderungen an den Rand gedrängt, marginalisiert und sogar ausgeblendet werden. Die Klimaanpassung wird dadurch entpolitisiert und reduziert sich auf technologische Innovationen und Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel Deichanlagenbau, Bewässerungssysteme, Entwicklung dürreresistenter Pflanzen mittels Zucht oder Gentechnik, städtebauliche Innovationen gegen die Hitze usw. (Dietz, K.; Brunnengräber, A. 2016).

Die Folgen der Erderhitzung werden zuerst vor allem den globalen Süden, insbesondere Afrika und Südostasien, treffen. Dabei stellen die gesellschaftlichen Verhältnisse in den betroffenen Ländern für die Industriestaaten nicht den Ausgangspunkt für ihr politisches Handeln dar. Sie werden ausgeblendet und Technologie und Infrastruktur in den Mittelpunkt möglicher Maßnahmen gestellt. Die LINKE muss daher den sozialen und politischen Charakter der Anpassung in den Mittelpunkt ihrer Diskussion stellen (Adger, W.; Lorenzoni, I.; O'Brien, K. 2009). Es stellt sich doch nicht die Frage, ob ein Bewässerungssystem gebaut werden soll, sondern wer wofür und unter welchen Bedingungen Zugang zu Wasser erhält. Die Bedürfnisse der lokalen Bevölke-

rung müssen Ausgangspunkt linker Überlegungen, die Anpassung an die Erderhitzung muss Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses sein, der die globalen und lokalen sozialen Ungleichheiten verringert und die Demokratie stärkt.

Statt von „Klimaanpassung“ könnte man besser von „**Hitzeanpassung**“, „**Hitzestressbewältigung**“ (vor allem ein Problem bei älteren Leuten in den Städten), „**Hitzegerechtigkeit**“, „**Dürreüberleben**“ (vor allem in der Sahelzone) und „**Überflutungsumsiedlung**“ (z. B. in den Deltas der großen Flüsse Südostasiens) sprechen. Für den praktischen Gebrauch wäre vielleicht am besten der Begriff „**Überlebenssicherung**“ geeignet.

2.10. Klimaschutz

Bei diesem Begriff wird der Schutz des Menschen oder der Erde ausgeklammert. Da wird von „Klimaschutzpolitik“, „Klimaschutzzielen“ und der „Sorge um das Klima“ in den Medien und der Politik geredet. Der Begriff wird also allgemein verwendet.

Der Frame „Schutz“ bedeutet, dass es eine Gefahr oder Bedrohungen gibt, vor der das Klima geschützt werden soll, dass es Schaden erleiden kann und dass jemand schützend eingreifen sollte. Das Opfer der Bedrohung ist nach diesem Frame das Klima und nicht der Mensch. Aber genau umgekehrt ist es: das Klima ist nicht das zu schützende Opfer, sondern seine Veränderung ist eine Gefahr für den Menschen. Der Mensch verändert das Klima. Auch das wird beim Frame „Klimaschutz“ ausgeblendet. Selbst die wörtliche Verwendung von „Klimaschutz“ – dass das menschenfreundliche(!) Klima (vor den Menschen!) beschützt werden sollte – wird nicht betrachtet, wenn das Klima einfach nur Opfer und der Mensch nicht Täter ist (Wehling, E. 2016l).

Die LINKE sollte den Begriff Klimaschutz deshalb nicht verwenden, sondern die Verhältnisse beim richtigen Namen nennen: „**Hitzeschutz**“ „**Erhaltung eines dem Menschen verträglichen Klimas**“ oder „**Zivilisationsrettung**“ durch die Klimastabilisierung, für die der Mensch sorgen muss. Sie muss die Ursache der Klimaerhitzung benennen und eine „Dekarbonisierung“ innerhalb kürzester Zeit fordern, damit die 2-°C-Grenze der Klimaerwärmung noch eingehalten werden kann. Das von ihr vor einiger Zeit vorgeschlagene Kohleausstiegsgesetz wäre dazu ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung (Deutscher Bundestag 2013).

2.11. Klimagerechtigkeit

Das Klima kann weder gerecht sein, noch Gerechtigkeit herbeiführen. Dieser Begriff lenkt von den Verursachern der Erderhitzung ab: dem neoliberalen Kapital und seinem ungebremsten Profitstreben.

In der internationalen Klimapolitik dominiert daher auch ein quantitatives Verständnis von Gerechtigkeit. Qualitative Aspekte, wie die Verantwortung für die Erderhitzung, die regionale und sozial spezifische Verteilung der Lasten auf die Erdbevölkerung, der Schutz vor der Erderhitzung oder eine demokratische Entscheidung über klimapolitische Maßnahmen werden nicht hinreichend berücksichtigt (Brunnengräber, A., Dietz, K. 2016).

Klimagerechtigkeit würde vorliegen, wenn alle Erdenbewohner je Person einheitlich einen stark reduzierten Klimagasausstoß von $2 \text{ t} \cdot \text{a}^{-1}$ verursachen würden, der als klimaverträglich eingeschätzt wird. Die Industriestaaten müssten dann ihre Emissionen um bis zu 95 % senken, um Gerechtigkeit herzustellen (Wikipedia 2017a).

In der internationalen Politik bedeutet Klimagerechtigkeit entsprechend der UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC 1992), dass Industrieländer eine höhere Last bei der Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen zu tragen haben als die sogenannten Entwicklungsländer. Die Vorstellung von Klimagerechtigkeit als zwischenstaatliche Lastenverteilung greift aber zu kurz und blendet viele Probleme aus. Insbesondere fehlt die Verknüpfung von Klimagerechtigkeit mit sozialer Gerechtigkeit.

„Erstens werden jene sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet, die die bestehenden Ungleichheiten hinsichtlich der Klimaverursachung, Krisenbetroffenheit und die damit verbundenen Handlungsspielräume erst hervorgebracht haben und weiterhin reproduzieren (z. B. Geschlechterverhältnisse, globale Arbeitsteilung); sie stellen zweitens das fossile Energiesystem mit seinen zentralistischen Versorgungsstrukturen, auf dem die Emissionen beruhen, nicht infrage; drittens bleibt der Aspekt der prozeduralen Gerechtigkeit im Sinne der demokratischen Teilhabe an klimapolitischen Entscheidungsprozessen unberücksichtigt; viertens werden soziale Ungleichheiten unterhalb der Ebene des Nationalstaates nicht beachtet und fünftens finden hegemoniale Produktions- und Konsummuster als konstitutive Bestandteile von Klimagerechtigkeit keine Berücksichtigung“ (Müller, T. 2015). Besser kann man die Problematik kurz gefasst nicht darstellen.

Klimagerecht ist in diesem Sinne die Beendigung des auf Wachstum ausgerichteten, fossil-atomaren Energiezeitalters und damit verbunden die Etablierung dezentraler, gesellschaftlich kontrollierter und erneuerbarer Energiesysteme.

Die LINKE sollte den Begriff „Klimagerechtigkeit“ nicht benutzen. Er vernebelt die politischen und wirtschaftlichen Fakten. Besser wäre, von „**Lastenverteilung der Auswirkungen der Erderhitzung**“ zu sprechen oder davon, die „**Verursacher der Erderhitzung zur Verantwortung ziehen**“ oder die „**Ursache der Erderhitzung beseitigen – das kapitalistische System überwinden**“. Kürzer wäre der Begriff „**globale sozial-ökologische Gerechtigkeit**“.

2.12. Klimaflüchtlinge

Als Umweltflüchtlinge werden Menschen bezeichnet, die sich aufgrund von Umweltveränderungen oder Naturkatastrophen gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Wenn die globale Erwärmung die Ursache ist, dann wird von Klimaflüchtlingen gesprochen. Klimaflüchtlinge sind also eine spezifische Art von Umweltflüchtlingen.

Die geänderten Umweltverhältnisse durch die Erderhitzung bewirken eine fortschreitende Wüstenbildung, anhaltende Trockenheit, Mangel an Wasser zum Trinken und für die Bewässerung der Felder, Bodenerosionen durch Wind und Wasser, Wirbelstürme und einen stetigen Anstieg des Meeresspiegels, Versalzen der Böden bei der Überschwemmung mit Meerwasser, Naturkatastrophen durch Zunahme der Stürme und Starkregen sowie durch abgehende Muren bei Auftauen des Dauerfrostbodens in den Gebirgen. Alle diese Aspekte tragen zu den Migrationsbewegungen bei.

Eigentlich ist die Bezeichnung Umweltflüchtling bzw. Klimaflüchtling aber irrig. Die Menschen flüchten ja nicht vor der Umwelt oder dem Klima, sondern vor der von den Industriestaaten vornehmlich verursachten Erhitzung der Erde und ihren Folgen. Sie flüchten vor dem zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftssystem. Klimaflucht ist wesentlich ein soziales und ökonomisches Problem und nicht ursächlich ein Umweltproblem. Beispielsweise können die vor dem gegenwärtig tobenden Krieg in Syrien flüchtenden Menschen sowohl als „Kriegsflüchtlinge“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und auch als „Umweltflüchtlinge“ eingestuft werden, denn mehrjährige extreme Dürren führten zu stark sinkenden Bodenerträgen und damit auch zu Verteilungskämpfen um Wasser und fruchtbares Land sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Durch die ungebremste Erderhitzung müssen immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen. Der Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) schätzte 2014 ein: „Wir müssen mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen.“ (RP 2014). Der Netto-Zuzug im Jahr 2015 betrug in Deutschland 1,036 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2016). Das war ein angeblich nicht zu bewältigendes Flüchtlingsproblem. Die Verteilung der Klimaflüchtlinge auf diejenigen Länder, die den Klimawandel verursachen, würde

für Deutschland 6 Millionen, für die USA 44 Millionen und für China 38 Millionen mehr Flüchtlinge bedeuten (Spiegel Online 2009). UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat bereits 2006 auf dem Klimagipfel in Nairobi eingeschätzt: Die Klimaänderung „könnte die Welternährung gefährden ... Sie könnte die Grundlagen gefährden, von denen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.“ (Germanwatch 2006). Dieses Problem wird in einigen Jahren ein politischer Brennpunkt werden.

Klimaflüchtlinge befinden sich rechtlich in einem Niemandsland. Umweltflüchtlinge sind im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht als Flüchtlinge anerkannt. Anerkannt werden nur Flüchtlinge, die wegen ihrer Rasse, Religionszugehörigkeit, Nationalität oder politischer Überzeugung persönlich verfolgt werden. Dagegen sind nach der Konvention persönliche Notlagen, Hunger, gravierende wirtschaftliche Probleme, Krieg, Umweltdegradation und Naturkatastrophen kein Grund zur Anerkennung als Flüchtling. Hier fehlt die „individuelle Verfolgung“, die zur Anerkennung als Flüchtling notwendig ist (Wikipedia 2016). Auch das Protokoll der Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1967, das 146 Staaten ratifiziert haben (Wikipedia 2017), kennt keine Umweltflüchtlinge (Migrationsrecht.net 2014). In der Agenda 21 von Rio wurde 1992 im Abschnitt 5.34 der Begriff „Umweltflüchtling“ genannt, ohne dass damit eine Rechtsstellung verbunden war (UNCED 1992).

Klimaflüchtlinge stehen einer doppelten Ungerechtigkeit gegenüber: Die Ärmsten dieser Welt, unschuldig an der Erderhitzung, werden zuerst und am heftigsten getroffen. Sie müssen ihre Felder, ihrer Häuser, ihr Hab und Gut zurücklassen und gehen staatenlos in eine ungewisse Zukunft. Die Industriestaaten, die vor allem die Verursacher der Erderhitzung sind, helfen weder finanziell noch materiell, schotten sich gegen die Klimaflüchtlinge ab und schließen - wie aktuell im Fall der Europäischen Union - einen „Flüchtlingsdeal“ – also ein Geschäft, einen Handel: Die Türkei (und andere „sichere Herkunftsländer“) bekommen dafür Geld, dass sie „uns“ die Menschen, die nicht „verwertet“ werden können, „vom Halse halten“. Diese Gelder sind so etwas wie „Entsorgungskosten“ – Handel mit Menschen wie mit Abfall.

Die wichtigste präventive Maßnahme, um die Erderhitzung zu verhindern, wäre die sofortige Senkung des Ausstoßes der Klimagase über eine Dekarbonisierung. Aber die Industrieländer und auch China und Indien sind dazu (noch?) nicht bereit. Gegenwärtig sind nur reaktive Maßnahmen im Gespräch. Dagegen muss das Prinzip der internationalen Lastenteilung Anwendung finden. Im Rahmen der Entwicklungspolitik der Industriestaaten werden solche Maßnahmen aber nicht angewendet.

Der politische Standpunkt der LINKEN sollte sein: Klimaflüchtlingen gilt unsere internationale Solidarität, denn sie sind Ausgebeutete des globalisierten Kapitals. Vorrangig ist die Aufgabe, die Erderhitzung mit allen demokratisch

verfügbaren Mitteln zu verhindern, damit es keine weiteren Klimaflüchtlinge gibt. Hauptaufgabe ist die kurzfristige Durchsetzung der Dekarbonisierung der Wirtschaft.

Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik und der EU muss erhöht und entgegen der Lobbyarbeit für die Wirtschaft (Richl, D. 2016) auf die Bedürfnisse der vom Klimawandel betroffenen Staaten und ihrer Bürger zugeschnitten werden und insbesondere Hilfe für die Ärmsten einschließen. Der vor Jahrzehnten von der UNO vorgeschlagene Anteil von 0,7 % des Bruttonationalprodukts, der von den Industriestaaten für Entwicklungshilfe eingesetzt werden soll (Wikipedia 2016d), wird bis heute weder von der Bundesrepublik noch den meisten anderen entwickelten Staaten aufgebracht, obwohl diese Festlegung auch in den Millenniumszielen bekräftigt wurde (Zeit Online 2014).

Die Bundesrepublik muss sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge in die Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen und international anerkannt werden.

Statt den Begriff „Klimaflucht“ zu verwenden, wäre es nahe liegender, von „**klimainduzierter Migration**“ oder „**klimapolitikinduzierter Migration**“ zu sprechen (Felgentreff, C. 2016).

Noch treffender sind Begriffe wie „**wachstumsinduzierte Flucht**“, „**Ausbeutungsfucht**“ oder der altbekannte Begriff „**Armutsfüchtlinge**“, die auf den Kern der Fluchtursachen zielen - doch damit kann nicht zwischen den ursächlichen sozialen und den durch das System hervorgerufenen ökologischen Fluchtursachen differenziert werden. Aber ist das wirklich so wichtig?

2.13. Bioökonomie

Im Zusammenhang mit den schwindenden Ressourcen wird Bioökonomie als Paradigmenwechsel von einer erdöl- zu einer pflanzenbasierten Rohstoffwirtschaft angesehen. Biologische Prozesse und Stoffe sollen effektiver genutzt werden. Beantwortet wird dabei aber nicht, welche Probleme die begrenzte Verfügbarkeit und die nachhaltige Bewirtschaftung der Naturressourcen mit sich bringen.

Der Begriff Bioökonomie wird immer im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum genutzt. Viele Unternehmer sehen darin ein neues Feld für Kapitalanlage und Rendite: Die Umstellung auf biogene Rohstoffe, regenerative Energiequellen und auf eine Kreislaufwirtschaft bei der Ressourcennutzung soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigern. Deshalb wurden vom BMBF zentrale Forschungen auf den Gebieten der globalen Ernährungssicherheit, einer nachhaltigen Agrarproduktion sowie der Produktion ge-

sunder Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe und Energieträger auf der Basis von Biomasse gefördert (BMBF 2010).

Schon 2009 wurde zur Koordinierung ein Bioökonomierat bei der Bundesregierung gebildet (Bioökonomierat 2009). Der hat aber auch keine Nachhaltigkeitskriterien oder Standards für bioökonomische Technologien festgelegt, denn auch nachwachsende Ressourcen sind begrenzt und müssen national und international geschützt werden. Das Wachstumsmodell der Wirtschaft wird nicht hinterfragt, die Bundesregierung hofft auf „grüne Wachstumsmärkte“.

Aber entgegen aller Propaganda für eine grüne Ökonomie gelang es bisher nicht, das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen abzukoppeln. Die kapitalistische Wirtschaft zerstört nach wie vor die Umwelt. Alle geschaffenen Bioraffinerien, Biogasanlagen, Algenkulturen, Fischzuchten usw., die als „grüne Ökonomie“ angepriesen werden, haben die exzessive Naturausbeutung bestenfalls begrenzt, aber keinen Umschwung mit sich gebracht. Wenn der eingesetzte Bioökonomierat nicht zu einer demokratisch arbeitenden Arbeitsweise übergeht und zivilgesellschaftliche Akteure mit aufnimmt - die gegenwärtig nicht präsent sind -, wird die Bioökonomie nur eine weitere Inwertsetzung der Natur bringen und die Betätigungsfelder für das Kapital vergrößern.

Zwar bietet die Grundidee der Bioökonomie mit der Umstellung von einer Senken- und Durchflussökonomie hin zu einer ökobasierten Kreislaufwirtschaft durchaus Chancen für eine nachhaltige Wirtschaft, doch kann das nur über eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erreicht werden (Hackfurt, S. K. 2016).

Außerdem sind nachwachsende Rohstoffe und Energieträger höchst problematisch, da die Flächen der Ernährung entzogen werden und die Probleme damit in die Entwicklungsländer verlagert werden, bei denen riesige Flächen für die „Bedürfnisse“ der Industriestaaten (Futtermittel, Exportlebensmittel, Energiepflanzen) in Anspruch genommen werden. Deshalb sollte die LINKE den Ökobegriff an dieser Stelle besser vermeiden. Entscheidend ist, vom ständigen Mehrverbrauch und Wachstumsfetischismus wegzukommen, der altbekannte Begriff „**Kreislaufwirtschaft**“ ohne einen Zusatz trifft das besser.

2.14. Effizienzrevolution

In diesem Begriff ist das Bild der „Revolution“ enthalten. Man begnügte sich nicht mit Begriffen wie Effizienzsprung oder Effizienzfortschritt. Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Entwicklung empfiehlt die Bundesregierung keine „Revolution“, doch der Wirtschaft kann man eine Revolution zumuten.

Es geht um die bessere Nutzung der schwindenden Rohstoffe; insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz steht heute im Mittelpunkt umweltpolitischer Debatten. Wenn Gebäude gedämmt, die Mobilität mit weniger Energie auskommen und die Konsumgüter mit weniger Energie hergestellt und bei der Nutzung weniger verbrauchen würden, dann könnte der absolute Energieverbrauch theoretisch zurückgehen. Aber es wurde festgestellt, dass in der Realität ein sehr großer Teil derartiger Einsparungen durch den sogenannten „Rebound-Effekt“ wieder verloren geht. Effizienzgewinne schaffen dadurch neuen Ressourcenverbrauch. Das hatte schon der britische Ökonom Jevons 1865 nachgewiesen (Jevons, W. S. 1865). Also ein alter Hut. Dennoch wird immer wieder behauptet, man könne den absoluten Verbrauch an Energie drastisch und langfristig nachhaltig senken. Im Mittel ist aber mit einem gesamtwirtschaftlichen Rebound-Effekt von mindestens 50 % zu rechnen (Greening, L.; Green, D. 1998; Sorell, S. 2007; Maxwell, D.; McAndrew, L. 2011). Das Konzept der Effizienzrevolution kann daher die Probleme der kapitalistischen Wirtschaft nicht lösen. Erst wenn die Wirtschaft aufhört zu wachsen, können Effizienzstrategien einen uneingeschränkt konstruktiven Beitrag zur Nachhaltigkeit geben (Santarius, T. 2016).

Eine „Revolution“ zur Erhöhung der Effizienz ist in der Wirtschaft nicht zu bemerken. Die Vorschläge von E. U. Weizsäcker im Buch „Faktor 4“ (Weizsäcker, E. U.; Lovins, A. B.; Lovins, L. H. 1995), die einen halbierten Naturverbrauch bei doppeltem Wohlstand ermöglichen, wurden nämlich allesamt nicht realisiert, obwohl sie ökonomisch und technologisch möglich wären. Der Kapitalismus schöpft die vorhandenen technischen Möglichkeiten nicht aus; die kapitalistische Profitwirtschaft nutzt nur die Technologien, die den höchsten Profit bringen. Sie kümmert sich dabei wenig um den Ressourcenverbrauch und die anfallenden Abfallstoffe.

Die LINKE sollte den Begriff „Effizienzrevolution“ nicht in ihre Wirtschaftsziele aufnehmen, denn damit wird nur versucht, den Wachstumspfad beizubehalten. Besser sind Lösungen wie: **„Senkung des (absoluten) Ressourcenverbrauchs“**.

2.15. Entkopplung

Auch mit dem Begriff „Entkopplung“ wird so getan, als ob es möglich sei, dass der gesellschaftliche Wohlstand weiter wächst und zugleich der Verbrauch an natürlichen Ressourcen und schädlichen Emissionen dauerhaft sinkt. Das heißt, dass Wohlstand und Naturverbrauch entkoppelt werden sollen. Tatsache ist aber, dass der Naturverbrauch weiter steigt und nicht sinkt. Eine absolute Entkopplung ist auch nicht möglich, solange das Wachstumsparadigma dominiert.

Die langfristige Tragfähigkeit der Biosphäre kann nur wieder hergestellt werden, wenn das Wirtschaftswachstum eingestellt wird. Schon allein aus Gründen des Klimaschutzes müssen wir unsere Emissionen um 80 - 95 % zurückfahren (UBA 2016), denn wir leben bereits jetzt gegenüber der Erde in ökologischer Schuld.

Forderung der LINKEN muss sein: „**Schrumpfung des Energie- und Ressourcenverbrauchs**“, mindestens aber „Nullwachstum“. Diese Losung vertreten aber die gegenwärtig tonangebenden führenden MitregierergenosInnen nicht. Also: Gemeinsam mit den Kapitalisten in den Abgrund, gemeinsamer Untergang der Klassen im Chaos als linkes Ziel? Dieses Ziel stimmt zwar nicht mit dem Parteiprogramm überein, aber konsequente Opposition ist aufwendiger, unbequem und nicht so lukrativ.

Dabei ist die Wirtschaftsschrumpfung ohne Senkung des Wohlstands relativ einfach zu machen: bei Verdopplung der Lebensdauer aller Produkte und reparaturfreundlicher Konstruktion und Reparaturfähigkeit bei allen Produkten könnten bereits 50 % der Ressourcen eingespart werden (Weizsäcker, Ernst U.; Lovins, Amory B.; Lovins, L. H. 1995). Aber im Kapitalismus ist das nicht zu machen.

2.16. Nullemission

„Nullemission“ steht für einen maximal denkbaren Klimaschutz (Bauriedl, S. 2016). Die Industriestaaten haben auf dem G7-Gipfel in Elmau 2015 die Absicht geäußert, bis Ende dieses Jahrhunderts eine vollständig dekarbonisierte Weltwirtschaft anzustreben (Bojanowski, A. 2015).

Im Zusammenhang mit diesem Ziel werden in Deutschland viele weitere Begriffe verwendet: Ökoeffizienz, Ressourcenproduktivität, Stoffstrommanagement, Effizienzrevolution usw. Tatsache ist aber, dass die Kohlenstoffemissionen weiter ansteigen und nicht fallen. Wir sind also sehr weit entfernt von einer vollständigen Dekarbonisierung. Auch emissionsfreie Städte liegen in weiter Ferne. Es gibt weltweit keine realisierte treibhausgasfreie Modellstadt, an der die internalisierten und externalisierten Emissionen überprüft werden könnten (Bauriedl, S. 2016).

Unternehmen schmücken sich gerne mit der Umweltplakette „Nullemission“. Jüngstes Beispiel ist das Unternehmen Vattenfall. Der schwedische Staatskonzern stößt die Braunkohlensparte ab und verkauft sie an einen tschechischen Konzern. Dadurch kann das Unternehmen Vattenfall seine Emissionen auf einen Schlag von 80 auf 25 Millionen Tonnen CO₂ jährlich senken. „Der Verkauf bedeutet, dass mehr als 75 % unserer Erzeugung klimaneutral sein wird im Vergleich zu den 50 % heutzutage“ (Vattenfall 2016). Da wird einfach

die schmutzige Braunkohle verkauft, und dann ist man plötzlich Klimaretter. Betriebswirtschaftliche Profitscheuklappen versperren den Blick auf die globale Bedrohung durch zunehmende Erderhitzung.

Die LINKE sollte immer nur von „**Dekarbonisierung**“ und nicht von Nullemission sprechen, die es ohnehin zukünftig nicht geben kann. Mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung wäre schon ein sehr großer Schritt getan, dem aber der Ausstieg aus Erdöl und Erdgas folgen muss, wenn wir der Erderhitzung entgehen wollen.

2.17. Globales Umweltmanagement

Globale Umweltprobleme will das Establishment mit politischen Rahmenbedingungen lösen oder wenigstens managen. Alle bisherigen Versuche, Umweltprobleme über die UNO global zu lösen, sind bisher aber nicht erfolgreich gewesen. Ursache ist, dass die gegenwärtigen nicht „nachhaltigen“ Produktions- und Lebensweisen nicht infrage gestellt werden. Die neoliberale kapitalistische Weltwirtschaft wird oft sogar als notwendige Voraussetzung eines globalen Umweltmanagements angesehen.

Die Klimarahmenkonvention UNFCCC (UNO 1992) und die Konvention zur biologischen Vielfalt CBD (Bundesrat Schweiz), die beide in Rio 1992 beschlossen wurden, reichen nicht aus, um zu einem globalen Management zu führen, weil die beteiligten Regierungen die Festlegungen nicht verwirklichen (Park, J.; Conca, K.; Finger, M. (Hrsg.) 2008; Brunnengräber, A. 2009). Der technokratische Steuerungsmechanismus zur Bewältigung der Umwelt- und Klimapolitik funktioniert nicht (Redclift, M. 1994). Die geschaffenen Institutionen sind gegenüber der Wirtschaft machtlos. Nicht die Regierungen, sondern die führenden konkurrierenden privaten Unternehmen bestimmen die Produktions- und Konsumnormen. Nachhaltige Lebensstile und Leitbilder sind wirkungslos (Brand, U. 2012).

Es bleibt nur der Weg zur Stärkung der lokalen Organisationen mit ihrem lokalen Wissen. Die neoliberale Marktwirtschaft muss zurückgedrängt werden. Das muss in regionalen oder auch staatlichen Maßstäben beginnen und wird gegenwärtig vor allem in Südamerika versucht. Dort wird zunehmend abgelehnt, dass globale Institutionen, zum Beispiel die WTO (Welthandelsorganisation), globale Ressourcen und Krisenherde verwalten. Denn Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse können nicht durch globale Managementinstitutionen herbeigeführt werden. Dagegen muss die nicht nachhaltige und klimazerstörende Produktions- und Lebensweise infrage gestellt werden.

Die LINKE muss fordern, dass Festlegungen internationaler Abkommen bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen auch sanktioniert und mit Strafen geahndet werden. Institutionen ohne Macht sind nutzlos, schaden und helfen nur den Wirtschaftsbossen bei der Ausplünderung unseres Planeten. Die LINKE muss mehr „UNO-Wirtschaftsmacht“ fordern, sowie international verbindliche, nachprüfbar und durchsetzbare Abkommen.

Der Begriff Management legt den Fokus viel zu sehr in den Bereich der Wirtschaft - diese will die Umwelt „managen“ um sie optimal für ihre Profitinteressen auszunutzen. Besser wäre, den Fokus auf die Bewahrung der Lebensgrundlagen zu legen, als Schlagwort den Begriff „**Umweltbewahrung**“ zu wählen, um das notwendige Primat der Umwelt gegenüber der Wirtschaft herauszustellen.

2.18. Nachhaltigkeit

Der englische Begriff „sustainable“ wird übersetzt mit: aufrechterhalten, nachhaltig und aushaltend sein. Bereits in der Studie des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ wurde 1972 geschlussfolgert, dass eine Systemtransformation hin zu einem „aufrechterhaltbarem Weltsystem“ notwendig sei (Meadows, D.; Meadows, D.; Randers, J.; Behrens III., W. W. 1972). 1987 wurde im Brundtland-Bericht der UN „Our Common Future“ eine „dauerhafte Entwicklung“ gefordert, die sowohl intergenerationell als auch intragenerationell sein muss: „Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Wikipedia 2016c). Im Laufe der Debatte wurde der Begriff „Dauerhaftigkeit“ dann vom Begriff „Nachhaltigkeit“ abgelöst. 1992 fand das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ Eingang in die Rio-Erklärung (UNCED 1992a) über Umwelt und Entwicklung der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED).

Im Zuge der neoliberalen Globalisierung wurde in der Nachhaltigkeitsdebatte eine Zielverschiebung vorgenommen (Brand, U.; Görg, C. 2002). „Die Umdeutung des Konzeptes der Nachhaltigkeit ermöglicht es dem Globalen Norden, die dort verursachte ökologische Krise als Menschheitsproblem umzudeuten und damit eine globale Verantwortlichkeit zu postulieren.⁴ Auf diese Weise wird auch der kapitalistische Entwicklungspfad globalisiert und zur universellen Lösung für eine ökologische Nachhaltigkeit erklärt.“ (Pichler, M. 2016).

⁴ Außerdem wurde Nachhaltigkeit auch für die Wirtschaft gefordert. Indem dann unter „nachhaltiger Wirtschaft“ wie selbstverständlich dauerhafte Gewinnerwirtschaftung verstanden wurde, gelang es, Kritik an dem nichtnachhaltigen Wirtschaftssystem auszuschalten.

„In dieser Umdeutung ist Nachhaltigkeit zu einem entleerten Ideal geworden, das auf die Einsparung von Energieverbrauch und CO₂-Emission reduziert wird, ohne die gesamten gesellschaftlichen Implikationen einer solchen Stoßrichtung in den Blick zu nehmen.“ (Pichler, M. 2016a) Soziale Spannungen oder gesellschaftlich generierte Konflikte kommen im Nachhaltigkeitsdiskurs nicht mehr vor (Swyngedouw, E. 2009). Das Nachhaltigkeitsproblem will das Establishment innerhalb der bestehenden ethischen und ökonomischen Ordnung lösen. Die kapitalistische Produktions- und Lebensweise wird nicht infrage gestellt.

Deshalb haben sich auch Bewegungen wie „buen vivir“ (span. gutes Leben) (Wikipedia 2016k), die „solidarische Ökonomie“ (Wikipedia 2016j), „Environmental Justice“ (engl. Umweltgerechtigkeit) (Preisendörfer, P. 2014) und „Degrowth“ (engl. Wachstumsrücknahme) (Schmelzer, M. 2014) gebildet. Diese haben keine Hoffnung, dass das internationale neoliberale Kapital etwas unternehmen wird, um der Umweltverschmutzung Einhalt zu gebieten und werden selbst aktiv.

Die LINKE ist gut beraten, wenn sie den Begriff „Nachhaltigkeit“ in der politischen Debatte nicht mehr verwendet. Dieser Begriff ist vom neoliberalen Kapital okkupiert und korrumpiert worden. Jede Sportveranstaltung, jedes neue Produkt, jede neue Dienstleistung wird heute schon mit dem Attribut „nachhaltig“ angeboten. Besser ist, von „**Dauerhaftigkeit**“, „**dauerhafter Entwicklung**“ und „**aufrechterhaltbarem Weltsystem**“ zu sprechen. Allerdings ist bei diesen Termini der Bezug auf die Umwelt nicht sichtbar. Eine gute Lösung könnte die Nutzung des profanen Begriffs „**Umweltverträglichkeit**“ sein.

2.19. Wachstum und Wohlstand

Nach 1950 war in der BRD der Bund zwischen Wirtschaftswachstum und steigendem Wohlstand in der so genannten sozialen Marktwirtschaft noch ein zugkräftiges politisches Konzept. Heute dagegen wächst die Wirtschaft zwar immer noch langsam, aber immer mehr Menschen werden vom Wohlstand abgehängt, leben unsicher und die Kluft zwischen Armen und Reichen nimmt ständig zu. Die Regierung tut alles, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern, höhere Umwelt- und Sozialstandards sind dabei zuallererst ein „Kostenfaktor“.

Den Begriff des Wohlstands kann man ausgehend von der von den Vereinten Nationen beschlossenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festlegen, der grundlegende Rechte hinsichtlich der Lebensqualität enthält. Dazu wurde bereits in einer früheren Broschüre der „Beiträge zur Umweltpolitik“ ausführlich Stellung genommen (siehe Brandt, G. 2013a).

Auch vom gegenwärtigen Stand der Erdüberhitzung ausgehend, kann dieser Standard in Einheit mit Verteilungsgerechtigkeit ohne Wachstum gewährleistet werden. Dazu muss aber die Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten umorganisiert werden - von der Regionalisierung der Produktion zur Minimierung von unnötigen Transporten bis zur Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und dem Verbot unsinniger Produkte, von Luxusartikeln und militärischen Mordwerkzeugen. Notwendig ist die dreifache Losung für die LINKE: **„Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs, Verteilungsgerechtigkeit, grundlegende Lebensqualität weltweit“.**

2.20. Sozial-ökologische Transformation

Transformation ist synonym für Umformung, Umwandlung, Verwandlung. Das alles sind zahnlose Aussagen. Damit wird nichts über die Qualität, die Quantität und vor allem die Richtung der Wandlung ausgedrückt. Wenn sich etwas sozial-ökologisch verändern soll, dann ist das immer mit Änderung der Wirtschaftsmacht und Politikherrschaft verbunden. Das wird bei diesem Begriff ausgeklammert. Sonst würde man ja auch sozial-ökologische Revolution sagen und damit die Brisanz der notwendigen Aufgabe besser treffen.

Ein Umbau der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsmuster ist allein deshalb schon notwendig, damit die 2-°C-Grenze der Erderhitzung nicht überschritten wird. Das soll nun die UNO oder die Weltpolitik richten, die wenig politische und schon gar keine wirtschaftliche Macht hat. Über die in der kapitalistischen Gesellschaft tief verankerten Produktions- und Lebensweisen und ihre möglichen Veränderungen wird weltweit gar nicht ernsthaft diskutiert. Sozial-ökologische Probleme werden an den Rand der Diskussion gedrängt und totgeschwiegen, bis sie mit großen Flüchtlingsbewegungen nach Europa zurückkehren. Selbst dann werden die Ursachen und ihre Bekämpfung nicht als Hauptproblem gesehen, sondern das Ziel ist die Ruhigstellung dieser Menschen in Lagern außerhalb Europas.

Eine sozial-ökologische Umgestaltung braucht „rotes Grün“ (Thie, H. 2013). Verteilungsgerechtigkeit (rot) und Umweltgerechtigkeit (grün) müssen als Einheit gesehen werden. Hierfür notwendige Wohlstandsmodelle sind bereits vorgeschlagen worden (Felber, C. 2010; Haug, F. 2011; Brand, U.; Lösch B.; Opratko, B.; Thimmel, S. 2012).

Die LINKE sollte mit solch schwammigen Begriffen wie Transformation, Verwandlung, Umwandlung und Umformung sehr vorsichtig sein und sie nur im Zusammenhang mit solchen Zielen und Schritten verwenden, die über die kapitalistische Wirtschaftsweise hinausgehen. Besser ist es, den Begriff der **„sozial-ökologischen Revolution“** zu verwenden, denn die kapitalistische Produktionsweise führt uns bei weiterem Fortbestehen in den zivilisatori-

schen, ökologischen und wirtschaftlichen Abgrund und muss revolutioniert werden. Einer „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“, wie sie der Parteivorstand beschlossen hat, fehlt die ökologische Komponente (Kipping, K; Riexinger, B. 2016). Auch eine „Kampfansage an die wenigen Reichen“ genügt nicht. Das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem muss auf demokratischem Weg sozial und ökologisch umgestülpt, umgebaut werden.

2.21. Smart City

Die Urbanisierung ist auf der ganzen Welt in fast allen Ländern nach wie vor auf dem Vormarsch. Landbewohner, die vor Dürren, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen ihren Grund und Boden aufgeben müssen, gehen in die Städte, wo sie vor allem vor dem Klimawandel Schutz suchen. Durch Abschmelzen des Polareises wird der Meeresspiegel langsam aber sicher um 3 bis 5 m ansteigen (Hamburger Bildungsserver 2017). Viele Großstädte liegen am Meer und werden davon betroffen sein. Inzwischen beanspruchen die urbanen Zentren drei Viertel des globalen Energieverbrauches (WBGU 2011), und dieser wird nicht aus erneuerbaren Quellen gespeist. Deshalb wird in vielen Städten das Konzept der Smart City verfolgt: Maßnahmen für eine ressourcenschonende, emissionsarme und energieeffiziente Entwicklung, um den hohen Lebensstandard in den Städten aufrecht zu erhalten (Kuffner, A. 2013).

Technologiebasierte Smart-City-Konzepte stoßen unweigerlich auf Datenschutzprobleme (Shelton, T.; Zook, M.; Wiig, A. 2015). Ein weiteres Problem beim Anwachsen urbaner Räume ist die Ver- und Entsorgung. In seiner Dissertation „Entgrenzte Städte“ hat Hartwig Berger diese Fragen untersucht (Berger, H. 2003). Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Stadt London zu ihrer Versorgung eine riesige Fläche benötigt. Ein Londoner Einwohner braucht 6,63 ha biologisch aktive Fläche, um sein Konsumniveau zu halten. Der Flächenbedarf aller Londoner Bürger ist 293-mal so groß wie die Stadtfläche Londons. Das ist für ganz London eine Fläche, die doppelt so groß ist wie das britische Königreich. England lebt insbesondere vom Import aus den Ländern der Dritten Welt und nimmt dort riesige Flächen in Anspruch. - Das Beispiel der Stadt Berlin sieht nicht anders aus. Ein Berliner Einwohner benötigt 4,41 ha Fläche. Alle Berliner brauchen das 168-Fache des Stadtterritori- ums. Müsste der Verbrauch der Berliner regional abgedeckt werden, dann würde eine Fläche gebraucht, die so groß ist wie die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen zusammengenommen. In diesen Bundesländern dürften dann keine anderen Menschen wohnen. Wie soll unter diesen Bedingungen eine Smart City aussehen?

Das Konzept Smart City löst die Umweltprobleme nicht dauerhaft. Zukünftig wird die Rückführung der Stadtbevölkerung auf das Land auf die Dörfer aufgrund von wachsenden ökologischen und Versorgungsproblemen in den Städten zum Problem werden. Die Frage ist nicht, wie zukünftig die Stadt aussehen soll, sondern wie zukünftig das Dorf aussehen soll - ein bestimmter **Lebensraum** einer Lebensgemeinschaft in einem Gebiet, die sich größtenteils auch **autark versorgt**, womit z. B. ein Großteil von Transportproblemen wesentlich entschärft werden würde.

2.22. Energiedemokratie

„Energiedemokratie bedeutet, gemeinschaftlich und zum allgemeinen Nutzen über die Art und Weise zu entscheiden, wie Wind, Sonne, Biomasse und Wasserkraft die fossilen Energieträger ersetzen.“ (Büro für eine regionalisierte und demokratische Energiewende 2012). Der Begriff „Energiedemokratie“ (Kunze, C; Becker, S. 2014) wird häufig im Zusammenhang mit dem Begriffen „Energiegerechtigkeit“ und „Energieautonomie“ verwendet. Sie stehen in einem engen politischen Zusammenhang.

Die Umstellung auf eine Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasserkraft und Erdwärme ist ein neues technisches und soziales Problem, weil es mit vielen dezentralen kleineren Energieerzeugungsanlagen verbunden ist. Die vielen kleinen Anlagen erfordern eine Demokratisierung der bisher zentralistischen Energieversorgung. Das ist ein aktuelles Beispiel für Marx' Aussage, dass die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen kollidieren. Energieversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge, und damit werden Probleme der Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit künftig immer wichtiger. Alle Mitglieder der Gesellschaft sollten einen ungehinderten Zugang zu den politischen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen im Energiebereich haben. Ziel der energiedemokratischen Entwicklung ist letztendlich die Vergesellschaftung der großen Energieversorgungsunternehmen, die nur die Profitmaximierung als Ziel haben. Erst nach einer Demokratisierung kann über Produktionsformen, Kosten und die Gewinnverteilung letztendlich demokratisch bestimmt werden. Hermann Scheer (SPD) hat vorgeschlagen, weniger von Energiedemokratie als vielmehr von Energieautonomie zu sprechen. Er wollte weg von den Großtechnologien hin zu dezentral installierten Technologien. Das wünschenswerte Resultat einer solchen Entwicklung ist laut Scheer eine technologische, ökonomische, politische und kulturelle Energieautonomie im Sinne einer Demokratisierung von Produktion, Entscheidung und Besitz (Scheer, H. 2005). Die bis Ende 2014 fast auf 1 000 angewachsene Anzahl von Energiegenossenschaften geben Hermann Scheer recht (Müller, J. R.; Holstenkamp, J. 2015). Auch das Netzwerk Attac ist der Meinung: „Wer für eine soziale, ökologische und demokratische Ener-

gieversorgung eintritt, muss Eigentumsverhältnisse im Vierstromland infrage stellen. Die vier Riesen müssen weg.“ (Methmann, C. 2014) Nur 5 % der installierten erneuerbaren Kapazitäten gehörten 2013 den vier großen Stromversorgern, die Hälfte war im Besitz von BürgerInnen (trend:research; Leuphana Universität Lüneburg 2013).

Der Begriff „Energieautonomie“ hat in der letzten Zeit zu Verwirrung geführt, weil unter autonomer Stromversorgung Inselanlagen verstanden werden, die keine Verbindung zum öffentlichen Netz haben. Darum geht es jedoch nicht. Und dass jeder sein eigenes Netz unterhält, ist weder im demokratischen Sinne gut noch im ökologischen, um die Mehrproduktion an der einen Stelle ggf. sofort ausgleichend an anderer Stelle nutzen zu können.

Die mächtige demokratische Bewegung auf dem Energiemarkt wird durch die Bundesregierung auf Betreiben der vier Stromkonzerne ausgebremst, indem das EEG so verändert wurde, dass die Stromkonzerne begünstigt werden (Wikipedia 2016e). Die LINKE sollte in ihrer politischen Diskussion die Begriffe „**Energiedemokratie**“, „**Stromkonzernentmachtung**“, „**Energiegenossenschaften**“ und „**Rekommunalisierung der Energieversorgung**“ häufiger benutzen und damit ihren Standpunkt dokumentieren.

2.23. Erneuerbare Energien

Dieser Begriff wird immer genutzt, wenn es darum geht, natürliche Quellen wie Wasser, Sonne, Wärme oder Wind zu nutzen. Aber „erneuerbare Energie“ ist nicht nur physikalischer Unfug: Energie kann weder erzeugt, vernichtet oder erneuert, sondern nur - mit Verlusten - von einer Form in eine andere umgewandelt werden. Es ist auch ein irreführender Begriff, denn die genannten Energien sind - zumindest nach menschlichen Maßstäben - fortlaufend, ewig vorhanden und unerschöpflich. Keine dieser Kraftquellen muss vom Menschen „erneuert“ werden. Es müsste richtig heißen „aus erneuerbaren Quellen“ und nicht „erneuerbar“. Es wird nämlich so getan, als wenn der Mensch das macht, gestaltet und erneuert. Es wird so getan, als wenn Wasser, Wärme, Wind und Sonne verschleißten, indem wir diese Energie nutzen. Denn was erneuert werden muss, das ist vorher abgenutzt worden. Das steckt in diesem falschen Begriff (Wehling, E. 2016q).

Oft wird auch der Begriff „regenerative Energien“ genutzt. Auch regenerativ beinhaltet den Prozess des Erneuerns nach einer Abnutzung, so wie beispielsweise Sportler im Training Regenerationsphasen für die Erholung der Muskeln benötigen. Es wird also vermittelt, dass wir die Kraftquellen von Luft, Boden und Wasser schädigen, indem wir sie nutzen, sonst wäre ja keine Regeneration notwendig. Eigentlich ist aber das Gegenteil der Fall: Denn wir

schützen Luft, Wasser und Boden, indem wir die erneuerbaren Quellen statt Kohle, Öl, Gas und Uran zur Energiegewinnung nutzen (Wehling, E. 2016q).

Bisher sprach man von „alternativen Energien“ im Unterschied zu den fossilen Energien. Aber dieser Begriff wird kaum noch genutzt. Alternativ bedeutet eine Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Doch über die Qualität der unterschiedlichen Möglichkeiten gibt es keine Aussage. Dieser Begriff ist ebenfalls nicht aussagekräftig, und wir sollten ihn als LINKE deshalb nicht benutzen. Auch die Bezeichnung als Ökoenergien wäre problematisch, da die Bereitstellung von Energie z. B. aus Wasserkraft durchaus auch ökologisch nicht in jedem Fall verträglich ist.

Welche Begriffe sollten wir in die Debatte werfen? „**Ewige kostenlose Sonnenenergie**“, „**Windkraft**“, „**Erdwärme**“, „**Wasserkraft**“? Naomi Klein spricht von „**sauberer Energie**“ - ohne CO₂- und radioaktive Emissionen. Warum nicht einfach „**Zukunftsenergien**“ nennen?

Der Begriff „erneuerbare Energie“ muss der Nutzung von Pflanzen vorbehalten bleiben, aus denen Kraftstoffe hergestellt werden. Der Anbau erfolgt auf Feldern und die biologische Masse kann bei wiederholtem Anbau erneuert werden. Allerdings stehen diese erneuerbaren Energien aus Pflanzenmasse in Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung. Letztere wird bei wachsender Weltbevölkerung zukünftig wichtiger sein als die Gewinnung von Kraftstoffen aus Pflanzen. Deshalb darf diese Energie nur aus Abfallstoffen für die regionale Nutzung bereitgestellt werden, damit wird auch ökologischer Schaden vermieden.

2.24. Agrartreibstoffe

Agrartreibstoffe werden auch als Biotreibstoffe bezeichnet. Biodiesel wird aus ölhaltigen Pflanzen, wie z. B. Raps, Soja, Palmöl oder Sonnenblumenöl durch den chemischen Vorgang der Veresterung hergestellt und fossilem Diesel beigemischt. Bioethanol wird aus zucker- oder stärkehaltigen Pflanzen, wie z. B. Zuckerrohr, Mais, Weizen, Zuckerrüben oder Maniok durch alkoholische Gärung gewonnen und damit das Benzin versetzt (Wikipedia 2016b).

Die so gewonnenen Kraftstoffe sind aber nicht „bio“, wie dieser Begriff bei Lebensmitteln suggeriert. „Bio“ ist bei Verbrauchern positiv besetzt, und man hat diesen Begriff einfach vor die Treibstoffbegriffe gehängt, um eine positive Einstellung zu erreichen. Gegenüber fossilen Kraftstoffen werden nämlich beim Klimagasausstoß nur etwa 50 bis 70 % eingespart, mehr nicht (Wikipedia 2016b).

99 % der in der EU verwendeten Agrartreibstoffe werden aus Nahrungsmitteln hergestellt (EP 2015). Deshalb werfen Umweltverbände die Frage auf:

Teller oder Tank? Greenpeace kritisiert, dass in Deutschland jährlich 3 Mio. t Getreide in die Tanks wandern und damit Lebensmittel verfeuert werden (Steffens, B. 2012). Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) als wichtigstes Organ der internationalen Klimapolitik hat dennoch die Nutzung von Agrartreibstoffen als zentrale Maßnahme für die Bekämpfung des Klimawandels vorgeschlagen und die Nahrungsmittelversorgung hintenan gestellt (Merlot, J. 2012, Wikipedia 2017b). Die Ziele der EU, durch Agrartreibstoffe den Import von fossilen Treibstoffen zu drosseln und den CO₂-Ausstoß zu verringern, wurden bisher nicht erreicht (Steffens, B. 2012). Stattdessen werden soziale und ökologische Probleme oft in den globalen Süden verlagert, indem der Anbau von „Agrartreibstoffen“ dort Landnutzungskonkurrenzen, Entwaldung, Hunger und die Verdrängung lokaler Bevölkerungsgruppen verschärft (Hirschl, B.; Dietz, K.; Vogelpohl, T.; Dunkelberg, E.; Backhouse, M.; Herrmann, R., Brüntrup, M. 2014) und außerdem wird der Großteil der Futtermittel wie Soja aus dem Süden importiert. Deutschland und Europa sind also unter dem gegenwärtigen übermäßigen Fleischverbrauch einerseits und dem Missbrauch von Flächen für die Treibstoffherstellung nicht in der Lage, den Eigenverbrauch an Lebensmitteln zu sichern.

Die LINKE muss die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung als politisches Ziel vordergründig sehen: Man könnte daher von „**Nahrungsmitteltreibstoffen**“, „**Food-Diesel**“ oder „**Speiseöldiesel**“ sprechen und von „**Landgrabbing-Treibstoffen**“, besser noch „**Landraubdiesel**“, um die Tatsachen klar anzusprechen und sich auf die Seite der Landbevölkerung in den Herstellerländern von Treibstoffrohstoffen zu stellen. Da aber in der Regel nur kurze, einprägsame Begriffe eine Chance auf Verwendung haben, wäre im Deutschen der Begriff „**Brottreibstoffe**“ vorzuziehen.

2.25. Pflanzenschutzmittel

Schutz von Pflanzen – das ist eine gute Sache, das weckt Sympathie. Doch zu Pflanzenschutzmitteln zählt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch Glyphosat (Flachsbarth, M 2016): „... wird gegenwärtig ein Projekt zur Wirkung von Glyphosat-Rückständen in Futtermitteln aus zugelassener Anwendung Glyphosat-haltiger Pflanzenschutzmittel ... bearbeitet.“ Das ist eine totale Verdrehung der Realität. Glyphosat schützt keine Pflanzen, sondern vernichtet sie alle – mit Ausnahme der von Monsanto gentechnisch veränderten Nutzpflanzen. Glyphosat ist ein Herbizid (Wikipedia 2016h), vergleichbar mit dem von 1965 bis 1969 ebenfalls von Monsanto hergestellten Agent Orange (Wikipedia 2016a), das die US-Amerikaner im Vietnamkrieg einsetzten. Wer also von Glyphosat als Pflanzenschutzmittel spricht, lügt entweder bewusst oder demonstriert Inkompetenz; auf jeden Fall

macht er sich zum Kollaborateur der Kapitalinteressen von Monsanto. Dessen Geschäftsmodell basiert auf dem Verkauf des Herbizids und der gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, die diesem Herbizid widerstehen.

Ehrlich ist es, den Terminus „**Pflanzenvernichtungsmittel**“ zu verwenden.

Da „Pflanzenschutzmittel“ in den meisten Fällen auch Insekten und Bodenlebewesen schädigen oder töten, ist die allgemeine Bezeichnung „**Gifte**“ gerechtfertigt.

3. Schlussbemerkungen

Die hier vorgeschlagenen alternativen Begriffe und Umschreibungen für den Gebrauch durch LINKE sind teilweise nicht ganz so griffig und kurz wie die neoliberalen und kapitalistischen Begriffe, die dadurch einprägsamer sind. Sicher lassen sich noch bessere Umschreibungen finden.

Dennoch sollten wir die durch das Establishment in Umlauf gebrachten Termini nicht unkritisch nutzen, und wo wir keinen griffigen eigenen Begriff haben, den Sachverhalt umschreiben. Ohnehin müssen die Begriffe in der Debatte meist erklärt und erläutert werden, was ja mehr als ein Wort oder einen Satz bedeutet.

Am besten wäre es, wenn die LINKE neue Begriffe für aktuelle politische Vorgänge prägen könnte, in denen sich der Politikinhalt ihres eigenen Programms widerspiegelt. Dazu sollten wir ohne Scheu auch auf Begriffe zurückgreifen, die Marx, Engels und Lenin geprägt haben: Destruktivkräfte, verfallende Produktionsverhältnisse, Produktionsumgestaltung, Produktionsneuorganisation, Naturraubbau, Gratisnaturproduktivkraft.

Eine Literaturdurchsicht ergab noch viele weitere Begriffe, die einer Zuordnung und Erklärung aus linker Sicht bedürfen sowie einer Prüfung, ob wir sie politisch nutzen sollten: Abfallprofit, Brachlegung, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Großer Pazifikmüllfleck (Great Pacific Garbage Patch), Lebenszerstörung, Nahrungsvergiftung, Naturbedürfnisse, Naturraubbau, Naturvergeudung, Naturzerstörung, Ökorücksicht, Ökoterror, Produktionsübel, Produktionsumwälzung, sozialistische Biozönose, systemneutrales Umweltsystem, Ungleichheitsgesellschaft, Wegwerfgesellschaft und viele weitere.

Alle LINKEN sind hiermit aufgerufen, Vorschläge zu machen, wie wir eigene Begriffe für unsere Sache politisch nutzen könnten. Dafür steht die Homepage der Ökologischen Plattform als Diskussionsforum bereit.

4. Anhang: Überblick über die betrachteten Begriffe

Im Folgenden werden die im Text vorgestellten Begriffe zusammenfassend aufgelistet.

Tab. 1: Überblick über die betrachteten Begriffe.

Neoliberale , kapitalistische Bezeichnung	Vorschläge für linke Alternativen
Anthropozän	Kapitalozän, Zeitalter des zerstörenden Kapitalismus, Nekrozän
Raumschiff Erde	Rettung der Menschheit, Sklavenschiff mit Luxusklasse
Planetarische Grenzen	Grenzen des kapitalistischen Wachstums
Umweltverschmutzung	Umweltverseuchung, Umweltvergiftung, Ökosuizid, Selbstmordvorbereitung
Naturschutz	Schutz bedrohter Arten, Schutz von Trinkwasserressourcen, Schutz vor Bodendegradation, Erhalt der Biodiversität, Menschen- oder Selbstschutz
Klimawandel	Erderhitzung, Selbstverbrennung
Klimaerwärmung	Globale Erhitzung, Klimaerhitzung, Erderhitzung
Klimakatastrophe	Selbstverbrennung, Abwendung erfordert grundlegende sozial-ökologische Umgestaltung
Klimaanpassung	Hitzeanpassung, Hitzestressbewältigung, Hitzegerechtigkeit, Dürreüberleben, Überflutungsumsiedlung, Überlebenssicherung
Klimaschutz	Erhaltung eines dem Menschen verträglichen Klimas Zivilisationsrettung, Klimastabilisierung, Hitzeschutz
Klimagerechtigkeit	Weltweite sozial-ökologische Gerechtigkeit, Lastverteilung der Auswirkungen der Erderhitzung, Haftbarmachung der Verursacher der Erderhitzung
Klimaflüchtlinge	Klimainduzierte Migration, wachstumsinduzierte Flucht, Ausbeutungsflucht, Armutsflüchtlinge
Bioökonomie	Kreislaufwirtschaft
Effizienzrevolution	Absolute Verbrauchsreduktion
Entkopplung	Verlängerung der Lebensdauer der Produkte, Gewährleistung der Reparaturfähigkeit der Produkte, absolute Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs
Nullemission	Dekarbonisierung
Globales Umweltmanagement	Weltweite Umweltbewahrung
Nachhaltigkeit	Dauerhaftigkeit, Dauerhafte Entwicklung, aufrechterhaltbares Weltsystem, Umweltverträglichkeit
Wachstum und Wohlstand	Lebensqualität durch Verteilungsgerechtigkeit und Senkung des Ressourcenverbrauchs
Sozial-ökologische Transformation	Sozial-ökologische Revolution
Smart City	Autarke Lebensräume

Energiedemokratie	Stromkonzernentmachtung, Energiegenossenschaften Rekommunalisierung der Energieversorgung
Erneuerbare Energien	Saubere Energien, ewige kostenlose Sonnenenergie, Windkraft, Erdwärme, Wasserkraft, Zukunftsenergien
Agrartreibstoffe	Nahrungsmitteltreibstoffe, Food-Diesel, Speiseöldiesel, Landgrabbing-Treibstoffe, Landraubdiesel, Brottreibstoffe
Pflanzenschutzmittel	Gifte, Pflanzenvernichtungsmittel

Literatur

- Adger, W. Neil; Lorenzoni, Irene; O'Brien, Karen L. (2009): Adapting to Climate Change. Thresholds, Values, Governance. - Cambridge, 532 S. - <http://www.muthar-alomar.com/wp-content/uploads/2013/01/Adopting-to-Climate-Change.pdf> (2016-12).
- Altvater, Elmar (2005). DaS Ende des Kapitalismus, wie wir ihn Kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. - Münster: Westfälisches Dampfboot, 240 S. - ISBN 9783896916273.
- Bauriedl, Sybille (2016): Nullemission. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript. S. 217 - 224.
- Berger, Hartwig (2003): Entgrenzte Städte. Zur politischen Ökologie des Urbanen. - Münster: Westfälisches Dampfboot., 181 S. - ISBN 9783896915399,.
- Bioökonomierat (2009): Was ist der Bioökonomierat. - <http://biooekonomierat.de/biooekonomierat> (2016-12).
- BMBF (2010): Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030. Unser Weg zu einer bio-basierten Wirtschaft. - 56 S. - https://www.bmbf.de/pub/Nationale_Forschungsstrategie_Biooekonomie_2030.pdf (2016-12).
- BMUB (2016): Die Klimakonferenz von Paris (2016). - <https://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/pariser-abkommen/#c33180> (2016-12).
- ; BMBF; Deutsche IPCC Koordinierungsstelle; UBA (2016): Kernbotschaften des Fünften Sachstandsberichts des IPCC. Klimaänderung 2014: Synthesebericht. - Letzte Änderungen am 30.05.2016, 3 S. - http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC_ARS_SYR.pdf (2016-12).
- Bojanowski, Axel (2015): Umweltschützer feiern historisches Klimavesprechen. - Spiegel Online, 08.06.2015. - <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/g7-in-elmau-zum-klima-dekarbonisierung-bis-2100-a-1037776.html> (2016-12).
- Brand, Ulrich (2012): Und noch ein Gipfel. Mögliche Neuorientierungen und falsche Versprechungen. - LuXemburg 1/2012, S. 76 - 80. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/und-noch-ein-gipfel> (2016-12).
- ; Görg, Christoph (2002): „Nachhaltige Globalisierung“? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. - In: Mythen globalen Umweltmanagements: Rio + 10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. - Einsprüche 13. - Münster: Westfälisches Dampfboot.
- ; Lösch, Bettina; Opratko, Benjamin; Thimmel, Stefan (Hrsg., 2012): ABC der Alternativen 2.0: Von Alltagswelt bis Wutbürger_innen. - Hamburg: VSA. 2012.

- Brandt, Götz (2013): Die drohenden Katastrophen - das Anthropozän. - In: „Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe. - Beiträge zur Umweltpolitik 9. - Berlin: Ökologische Plattform bei der Linkspartei, 2., durchgesehene Aufl., S. 9 - 38.
- (2013a): Definition des Wohlstands. - In: „Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe. - Beiträge zur Umweltpolitik 9. - Berlin: Ökologische Plattform bei der Linkspartei, 2., durchgesehene Aufl., S. 39 - 50.
- (2016): Die Wahrnehmung der Naturübernutzung. - In: Entfremdung von der Natur. - Beiträge zur Umweltpolitik 2/2014. - Berlin: Ökologische Plattform bei der Linkspartei, S. 31.
- Brunnengräber, Achim (2009): Die politische Ökonomie des Klimawandels. - Reihe Ergebnisse sozial-ökologische Forschung Bd. 11, - München: oekom, 250 S. - ISBN 9783865810960.
- ; Dietz, Kristina (2016): Klimagerechtigkeit. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript. S. 157 - 162.
- BTF DIE LINKE (2012): Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte. - <http://www.plan-b-mitmachen.de/wp-content/uploads/2012/06/120511-Plan-B-komplett-low.pdf> (2016-12).
- Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen. - 78 S. - http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf (2016-12).
- Büro für eine regionalisierte und demokratische Energiewende (2012): Was ist Energiedemokratie? - Klimaallianz AusgeCO2hlt 2012, Lausitzcamp 2012, Gegenstrom Berlin. - <http://www.energie-demokratie.de/current/energiedemokratie.html> (2016-12).
- Crutzen, Paul; Davis, Mike; Mastrandrea, Michael D.; Schneider, Stephen H.; Sloterdijk, Peter (2011): Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang (edition unseld). - Berlin: Suhrkamp., 113 S. - ISBN 9783518061763.
- Deutscher Bundestag (2013): Kohleausstiegsgesetz nach Scheitern des EU-Emissionshandels. Antrag der Abgeordneten Eva-Bulling Schröter, Ralph Lenkert, Sabine Stüber, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Johanna Voß und der Fraktion DIE LINKE. - Berlin, Drucksache 17/1712064, 15.01.2013, 8 S. - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712064.pdf> (2016-11).
- Dietz, Kristina; Brunnengräber, Achim (2016): Klimaanpassung. In: Bauriedel, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 127 - 132.

- Druckman, J. N.; Nelson, K. R. (2003): Framing and deliberation. - American Journal of Political Science 47: S. 728 - 744. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 51.
- Ehrlich, Paul R. (1968): The population bomb. Population control or race to oblivion? - New York: Ballantine Books. - http://projectavalon.net/The_Population_Bomb_Paul_Ehrlich.pdf (2016-12).
- Engels, Friedrich (1970): Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. - In: Marx-Engels-Werke Bd. 1. - Berlin: Dietz, 7. Aufl., S. 505.
- EP (2015): EU biofuels policy. Dealing with indirect land use change. - Briefing, February 2015. - 10 S. - [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2015548993/EPRS_BRI\(2015\)548993_REV1_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2015548993/EPRS_BRI(2015)548993_REV1_EN.pdf) (2016-12)
- Eppler, Erhard (2016): Vorwort: Sprachliche Frames bestimmen unser Denken. In: Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht.- edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 15.
- Fadiga, Luciano; Craighero, Laila; Buccino, Giovanni; Rizzolatti, Giacomo (2002): Speech listening specifically modulates the excitability of tongue muscles: a TMS study. - European Journal of Neuroscience 15: S. 399 - 402. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, 222 S.
- Felber, Christian (2010): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. - Wien: Deuticke, 160 S. - ISBN 9783552061378.
- Felgentreff, Carsten (2016): Klimaflüchtlinge. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 141 - 148.
- Flachsbarth, Maria (2016): Fragen für den Monat Juni 2016. Antwort des BMEL auf eine Anfrage von K. Tackmann. - 16. Juni 2016, 2 S., S. 1. - http://kirsten-tackmann.de/wp-content/uploads/2016/06/160616_Antw_BG_Schr_Frage_Glyphosat_in_Tierfutter (2016-12).
- Germanwatch (2006): Klimawandel so bedeutsam wie Kriege. Auszüge aus der Rede des UN-Generalsekretärs vom 15.11.06. - <http://germanwatch.org/de/1317> (2016-12).
- Görg, Christian (2016): Planetarische Grenzen. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript. S. 239 - 243. - https://klimadebatte.files.wordpress.com/2015/12/gc3b6rg_wc3b6rterbuch-klimadebatte_planetarische-grenzen.pdf (2016-12).

- (2016a): Zwischen Tagesgeschäft und Erdgeschichte. Die unterschiedlichen Zeitskalen in der Debatte um das Anthropozän. - Gaia 25/1: S. 9 - 13.
- Gorz, André. (2001): Welches Wissen? Welche Gesellschaft?. Textbeitrag zum Kongress „Gut zu Wissen“, Heinrich-Böll-Stiftung 5/2001. - S. 4. - <http://wissensgesellschaft.org/themen/orientierung/welche-gesellschaft.pdf> (2016-12).
- Greening, Lorna; Greene, David (1998): Energy use, technical efficiency and the rebound effect: A review of the literature. - Report to the U. S. Department of Energy. - Denver: Hagler Bailly and Co.
- Hackfort, Sarah K.: Bioökonomie. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 137 - 142.
- Hamburger Bildungsserver (2017): Meeresspiegel der Zukunft. - http://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Meeresspiegel_der_Zukunft (2017-01).
- Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. - Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne, 352 S. - ISBN 9783886193363.
- Higgins, E. Tory (1996): Knowledge activation: Accessibility, applicability, and salience. - In: Higgins, E. T.; Kruglanski, A. W. (Hrsg.): Social psychology: Handbook of basic principles. - New York: Guilford, S. 133 - 168. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 48.
- Hirschl, Bernd; Dietz, Kristina; Vogelpohl, Thomas; Dunkelberg, Elisa; Backhouse, Maria; Herrmann, Raoul, Brüntrup, Michael (Hrsg., 2014): Bio-kraftstoffe zwischen Sackgasse und Energiewende. Sozial-ökologische und transnationale Perspektiven. . München: oekom, 272 S. - ISBN 9783865816818.
- ISM (2011): Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. - 5. Oktober 2011. - <http://www.solidarische-moderne.de/serveDocument.php?id=94&file=a/3/4120.pdf> (Institut Solidarische Moderne, 2016-12).
- Jevons, William Stanley (2009): The coal question. An inquiry concerning the process of the nation, and the probable exhaustion of our coal-mines. 1865. - http://oilcrash.net/media/pdf/The_Coal_Question.pdf (2016-12).
- Kahnemann, Daniel; Twersky, Amos (1979): Choices, values, and frames. - American Psychologist 39 (4): S. 341 - 350. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 48.

- Kipping, Katja (2016): Deutsche Klimapolitik - international glänzen, zuhause bremsen. - DIE LINKE, Presseerklärung, 18. November 2016. - <https://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklaerungen/detail/browse/3/zurueck/presseerklae/artikel/deutsche-klimapolitik-international-glaenze-n-zuhause-bremsen/> (2016-12).
- ; Riexinger, Bernd (2016): Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. - <https://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/revolution-fuer-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/> (2016-12).
- Köhler, Bettina (2016): Raumschiff Erde. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 245 - 254.
- Kuffner, Alfred (2013): Smart city. Wiener Know-how aus Wissenschaft und Forschung. Wie werden wir künftig leben, wohnen, arbeiten?" - Wien: Schmid, 256 S. - ISBN 9783900607500.
- Kunze, Conrad; Becker, Sören (2014): Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick. - Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 68 S.
- Leggewie, Claus; Welzer, Harald (2010): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. - Berlin: S. Fischer, 288 S. - ISBN 9783100433114.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1977): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. - In: Lenin-Werke Bd. 22. - Berlin: Dietz, 5. Aufl. S. 189 - 309.
- Maxwell, Dorothy; McAndrew, Laure (2011): Addressing the rebound effect. Final report 26. April 2011. - Global View Sustainability Services; Bio Intelligence Service; Ecologic Institute, 133 S. - http://ec.europa.eu/environment/eusssd/pdf/rebound_effect_report.pdf (2016-12).
- Meadows, Donella; Meadows, Dennis; Randers, Jürgen; Behrens III., William W. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. - Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Merlot, Julia (2012): Streit um Kraftstoffe. Forscher erteilen Bioenergie klare Absage. - Spiegel Online, 26.07.2012. - <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/bioenergie-kann-in-deutschland-nicht-zur-energie-wende-bei-tragen-a-846484.html> (2016-12).
- Methmann, Chris; Sander, Hendrik; Sundermann, Jutta: Power to the People! Den Stromkonzernen den Stecker ziehen. - Hamburg: VSA, 96 S. - ISBN 9783899653083.
- Migrationsrecht.net (2014); Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (FlüAbkProt). - <http://www.migrationsrecht.net/protokoll-ueber-die-rechtsstellung-der-fluechtlinge/download.html> (2016-12).

- Miller, Joanne M.;Krosnick, Jon A. (2000): News media impact on the ingredients of presidential evaluations: Politically knowledgeable citizens are guided by a trusted source. - American Journal of Political Science 44: S. 295 - 309. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 51.
- Müller, Michael (2013): Wider die Natur. - Die Zeit 50/2013. - <http://www.zeit.de/2013/50/anthropozoen-paul-crutzen> (2016-12).
- Müller, Jakob R.; Holstenkamp, Lars (2015): Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland. Aktualisierter Überblick über Zahlen und Entwicklungen zum 31.12.2014. - Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht 20, 12 S. - https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Studien/Studie_Zum_Stand_von_Energiegenossenschaften_in_Deutschland_Leuphana.pdf (2016-12).
- Müller, Tadzio (2014): 15 Minuten für Klimagerechtigkeit. - 03.07.2014. - http://ecapio.org/video/klimagerechtigkeit_mueller (2016-12).
- Nelson, Thomas E.; Oxley, Zoe M.; Clawson, Rosalee A. (1997): Toward a psychology of framing effects. - Political Behavior 19: S.221 - 246. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 51.
- Odenwald, Michael (2016): Zwei Grad Erderwärmung wahrscheinlich: Das wären die fatalen Folgen. Klimaziele kaum noch einzuhalten. - Focus Online, 07.11.2016 (http://www.focus.de/wissen/weltraum/odenwalds_universum/kleine-zahl-grosse-wirkung-zwei-versus-1-5-grad-erderwaer-mung-id-6170222.html) (2016-12).
- Panther, Klaus-Uwe (2016): Weitere Stimmen zum Buch. - In: Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht.- edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 4.
- Park, Jakob; Conca, Ken; Finger, Matthias (Hrsg., 2008): The crisis of global environmental governance. Toward a new political economy of sustainability. - London: Routledge, 240 S.
- PDS (2000): Solidarisch, gerecht, zukunftsfähig. 6. Parteitag der PDS, 3. Tagung, Münster, 7. - 9. April 2000. Antragsheft. - Die LINKE, S. 125.
- Pichler, Melanie (2016): Nachhaltigkeit. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 209 - 216, S. 209. - https://www.researchgate.net/profile/Melanie_Pichler/publication/293822930_Nachhaltigkeit/links/56bs526308aef9d63b712eb8 (2016-12).

- Pichler, Melanie (2016a): Nachhaltigkeit. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 209 - 216, S. 214. - https://www.researchgate.net/profile/Melanie_Pichler/publication/293822930_Nachhaltigkeit/links/56bs526308aef9d63b712eb8 (2016-12).
- Redclift, Michael (1994): Development and the environment: Managing the contradictions? - In: Sklair, Leslie (Hrsg.): Capitalism and development. - London: Routledge.
- Reimer, Nick; Staude, Jörg (2015): Wissenschaftler warnen vor sechs Grad mehr. - <http://www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/18629-wissenschaftler-warnen-vor-6-grad> (2016-12).
- Richl, Dominik (2016): Neoimperialismus unter dem Deckmantel sogenannter Entwicklungshilfe. - Tarantel 73, S. 11 - 14. - https://www.oekologische-plattform.de/wp-content/uploads/2016/06/T73_web.pdf (2016-12).
- Rock, Andrea (2005): The mind at night. The new science of how and why we dream. - New York: Basic Books. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 48.
- RP (2014): Gerd Müller warnt vor 200 Millionen Klimaflüchtlingen. Interview von Gregor Mayntz. - RP-Online, 5. Juli 2014. - <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/gerd-mueller-warnt-vor-200-millionen-klimafluechtlingen-aid-1.4365137> (2016-12).
- Santarius, Tilman (2016): Effizienzrevolution - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 51 - 56.
- Scheer, Hermann (2005): Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. - München: Antje Kunstmann, 320 S. - 9783888973901.
- Schellnhuber, Hans Joachim (2015): Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. - München: C. Bertelsmann, 784 S. - ISBN 9783570102626.
- Schmelzer, Matthias (2014): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz - eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. - Blog Postwachstum, 18. Juli 2014. - <http://www.postwachstum.de/gutes-leben-statt-wachstum-degrowth-klimagerechtigkeit-subsistenz-eine-einfuehrung-in-die-begriffe-und-ansaezte-der-postwachstumsbewegung.20140718> (2016-12).
- Schmitt, Tobias (2016): Klimakatastrophe. - In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. - Edition Kulturwissenschaft. - Bielefeld: transcript, S. 163 - 170.
- Shelton, Taylor; Zook, Matthew; Wiig, Alan (2014): The ‚actually existing smart city‘. - Cambridge Journal of Regions , Economy and Society.

- Slothuus, R. (2005): More than weighting cognitive importance: A dual process model of issue framing effects. Präsentation Annual Meeting of the Midwest Political Science Association. - Chicago. - In: Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 51.
- Sorell, Steven (2007): The rebound effect: an assessment of the evidence for economy-wide energy savings from improved energy efficiency. - UK Energy Research Centre, 123 S. - <http://www.ukerc.ac.uk/asset/3843125E-EEBD-4AB3-B06EA914C30F7B3E/> (2016-12).
- Speckmann, Guido (2016): Nicht der Mensch an sich ist das Problem. Neues Deutschland, 28.10.2016, S. 3.
- Spiegel Online (2009): Deutschland müsste sechs Millionen Klimaflüchtlinge aufnehmen. Prognose. - 04.12.2009. - <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/prognose-deutschland-muesste-sechs-millionen-klimafluechtlinge-aufnehmen-a-665312.html> (2016-12).
- Statistisches Bundesamt (2016): Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen. - Pressemitteilung Nr. 105, 21.03.2016. - https://www.destatis/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/03/PD16_105_12421.html (Destatis, 2016-12).
- Steffen, Will; Rockström, Johan; Constanza, Robert (2011): How defining planetary boundaries can transform our approach to growth. - Solutions 2 (3): 10 S. - http://geodesy.unr.edu/hanspeterplag/library/documents/2011_Steffen_etal_planetary_boundaries.pdf (2016-12).
- Steffens, Beate (2012): Lebensmittel gehören nicht in den Tank. - Greenpeace, 12.10.2012. - <http://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/biosprit/lebensmittel-gehoren-nicht-in-den-tank> (2016-12).
- Swyngedouw, Erik (2009): Immer Ärger mit der Natur: „Ökologie als neues Opium fürs Volk“. - Prokla 39, 3 (Heft 156), S. 371 - 389.
- Swyngedouw, Erik (2011): Depoliticized environments: The end of nature, climate change and the post-political conditions. - Royal Institute of Philosophy Suppl. 69: S. 53 - 274. - In: Görg, Christian (2016): Zwischen Tagesgeschäft und Erdgeschichte. Die unterschiedlichen Zeitskalen in der Debatte um das Anthropozän. - Gaia 25/1: S. 9 - 13: S. 12.
- Tallig, Jürgen (2014): Das System Erde ist aus der Balance und die Grundlagen des Lebens sind ernsthaft bedroht. - Tarantel 67 (4/2014): S. 14 - 18.
- (2016a): Blitzkrieg gegen die Erde. - Tarantel Nr. 75 (4/2016): S. 13 - 21, S. 18.
- (2016): Blitzkrieg gegen die Erde. - Tarantel Nr. 75 (4/2016): S. 13 - 21.

- Thie, Hans (2013): Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. - Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. - Hamburg: VSA, 200 S. - https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonstige_publicationen/VSA_Thie_Rotes_Grün (2016-12).
- trend:research; Leuphana Universität Lüneburg (Hrsg., 2013): Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland. - 76 S. - https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_uploads/downloads/Studien/Studie_Definition_und_Marktanalyse_von_Buergerenergie_in_Deutschland (2016-12).
- UBA (2016): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Minderungsziele für Treibhausgase. - Umweltbundesamt, 25.04.2016. - <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4> (2017-01)
- UNCED (1992) Agenda 21. - Rio de Janeiro, Juni 1992. - http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (2017-01).
- UNCED (1992a): Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. - <http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> (2016-12)
- UNFCCC (1992): Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. - <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (2016-12).
- UNFCCC (2015): Adoption of the Paris Agreement - United Nations. Framework Convention on Climate Change. FCCC/CP/2015/L.9/Rev. 1 - <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01> (2016-12).
- Vattenfall (2016): Vattenfall vor dem Verkauf der Braunkohlensparte. Pressemeldung 18.04.2016. - <https://corporate.vattenfall.de/newsroom/pressemeldungen/2016/vattenfall-vor-dem-verkauf-der-braunkohlensparte/> (2016-12).
- WBGU (2011): Global Megatrends. - Factsheet 3/2011, 4 S. - http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs2011-fs3/wbgu_fs3_2011.pdf (2016-12).
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, 222 S. - ISBN 9783869622088.
- (2016a): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 16 - 17.
- (2016b): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 24.
- (2016c): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 43.

- (2016d): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 44.
- (2016e): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 47 - 49.
- (2016f): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 62.
- (2016g): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 64.
- (2016h): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 73.
- (2016i): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 74.
- (2016j): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 95 - 97.
- (2016k): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 181 - 182.
- (2016l): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 182 - 184.
- (2016m): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 184 - 185.
- (2016n): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 185.
- (2016o): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 185 - 186.
- (2016p): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 186.
- (2016q): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 188 - 189.

- (2016r): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. - edition medienpraxis 14. - Köln: Herbert von Halem, S. 189.
- Weizsäcker, Ernst U.; Lovins, Amory B.; Lovins, L. H. (1995): Faktor vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome. - München: Droemer Knaur, 352 S. - ISBN 9783426268773.
- Welt (2011): „Kommunismus ist die Sehnsucht nach Gerechtigkeit“. - 07.01.2011. - <https://www.welt.de/politik/deutschland/article12019608/Kommunismus-ist-die-Sehnsucht-nach-Gerechtigkeit.html> (2016-12).
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. - Bonn: bpb, - ISBN 9783893318667.
- Wiesnet, Sebastian (2012): Katastrophendiskurs oder Diskurskatastrophe? Eine wissenssoziologische Kritik an der Diskussion um den anthropogenen Klimawandel. SOCIALIA - Studienreihe Soziologische Forschungsergebnisse. - Hamburg: Dr. Kovac, 512 S. - ISBN 9783830063179.
- Wikipedia (2016): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. - https://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_über_die_Rechtsstellung_der_Flüchtlinge (2016-12).
- (2016a): Agent Orange. - https://de.wikipedia.org/wiki/Agent_Orange (2016-12).
- (2016b): Biokraftstoff. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Biokraftstoff> (2016-12).
- (2016c): Brundtland-Bericht. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Brundtland-Bericht> (2016-12).
- (2016d): Entwicklungszusammenarbeit. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Entwicklungszusammenarbeit> (2016-12).
- (2016e): Erneuerbare-Energien-Gesetz. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz> (2016-12).
- (2016f): Framing (Kommunikationswissenschaft). - [https://de.wikipedia.org/wiki/Framing_\(Kommunikationswissenschaft\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Framing_(Kommunikationswissenschaft)) (2016-12).
- (2016g): Globale Erwärmung. - https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_Erwärmung (2016-12).
- (2016h): Glyphosat - <https://de.wikipedia.org/wiki/Glyphosat> (2016-12).
- (2016i): Sintflut. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Sintflut> (2016-12).
- (2016j): Solidarische Ökonomie. - https://de.wikipedia.org/wiki/Solidarische_Ökonomie (2016-12).
- (2016k): Sumak kawsay. - https://de.wikipedia.org/wiki/Sumak_kawsay (2016-12).
- (2016l): Wladimir Iwanowitsch Wernadski. - https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Iwanowitsch_Wernadski (2016-12).

- (2017): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. - https://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_über_die_Rechtsstellung_der_Flüchtlinge (2017-01).
- (2017a): Klimagerechtigkeit. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimagerechtigkeit> (2017-01).
- (2017b):Vierter Sachstandsbericht des IPCC. - https://de.wikipedia.org/wiki/Vierter_Sachstandsbericht_des_IPCC (2017-01).
- Zeit Online (2014): Deutschland verpasst das Ziel. - 17. April 2014. - <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/ausgaben-entwicklungshilfe> (2016-12).

Abkürzungsverzeichnis

Bibliographische Abkürzungen

Abs.	Absatz
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Hrsg.	Herausgeber
ISBN	International Standard Book Number (engl.); Internationale Standardbuchnummer
S.	Seite(n)

Weitere Abkürzungen

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BTF	Bundestagsfraktion
CBD	Convention on Biological Diversity (engl.); Konvention über die biologische Vielfalt, Biodiversitätskonvention (Kurzname)
CSU	Christlich-soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz (Kurzname), Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien
EP	European Parliament (engl.), Europäisches Parlament , Europaparlament, EU-Parlament (Kurzname)
EU	European Union (engl.); Europäische Union
G7	Gruppe der Sieben [7]
GAU	Größter anzunehmender Unfall
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (engl.); Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, Weltklimarat (Kurzbezeichnung)
ISM	Institut Solidarische Moderne
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
RP	Rheinische Post
SI	Système international d'unités (franz.); Internationales Einheitensystem)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UBA	Umweltbundesamt

UN	United Nations (engl.); Vereinte Nationen
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development (engl.), Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, Rio-Konferenz (Kurzname)
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (engl.); Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, Klimarahmenkonvention (Kurzname)
UNO	United Nations Organization (engl.); Organisation der Vereinten Nationen
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WTO	World Trade Organization (engl.); Welthandelsorganisation

Glossar

Anmerkung: Die nachfolgenden Erläuterungen basieren im Wesentlichen auf den Einträgen in der deutschen Wikipedia (de.wikipedia.org).

Agent Orange

Unter diesem Namen wurde ein bestimmtes Entlaubungsmittel (CAS 39277-47-9) durch die USA weiträumig zur Umweltzerstörung im Vietnamkrieg eingesetzt. Da das Herbizid auch Dioxin enthielt (2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (TCDD)), wurden gleichzeitig Hunderttausende Einwohner Vietnams, aber auch viele US-Soldaten geschädigt bzw. starben daran. Hauptbestandteil im Agent Orange war eine Mischung von n-Butyl-Estern der 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure (2,4,5-T) und der 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure (2,4-D) im Verhältnis 1 : 1. Diese Ester wirken ähnlich wie das pflanzliche Wachstumshormon Auxin und führen zum Absterben der Pflanzen durch übermäßiges Wachstum.

Anthropozän

Der Terminus (altgriech. ἄνθρωπος, anthropos Mensch; altgriech. καινός, kainós - neu) wurde im Jahr 2000 von Paul Crutzen geprägt. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass der Mensch durch seine Tätigkeit insbesondere seit der industriellen Revolution die Natur in globalen Dimensionen beeinflusst und verändert, so dass damit die Propagierung eines neuen Erdzeitalters gerechtfertigt ist.

Biodiversität

oder auch biologische Vielfalt zeichnet sich durch die Vielfalt innerhalb einer Art, zwischen den Arten sowie innerhalb der Ökosysteme aus. Sie schließt die genetische Vielfalt ein. Nach der Biodiversitätskonvention (CBD) ist sie definiert als „Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören.“ Die biologische Vielfalt ist in natürlichen Ökosystemen größer als bei starker menschlicher Nutzung der Systeme.

Biosphäre

Dieser Terminus (altgriech. βίος, bios - Leben, altgriech. σφαίρα - Kugel) bezeichnet in der Biologie den vom Leben erfüllten Raum der Erdkugel (siehe auch Geosphäre).

Bodendegradation

Die Bezeichnung steht in der Bodenkunde für die Verschlechterung (lat.: de-grado, dt.: herabsetzen) bestimmter Bodeneigenschaften. Sie kann sowohl

natürliche Ursachen (z. B. Klimaänderungen) haben als auch anthropogen verursacht sein (z. B. Brandrodung, Überweidung, Monokulturen, Versalzung und Vergiftung).

Dekarbonisierung

(auch Entkarbonisierung) bedeutet, die Wirtschaft umzustellen, so dass eine massive Verringerung des Kohlenstoffumsatzes erreicht wird. Dies betrifft insbesondere die Energiewirtschaft mit ihrer Nutzung der biologisch-fossilen Rohstoffe („Energiewende“). Es muss eine weitgehende CO₂-Neutralität der Wirtschaft angestrebt werden, um die Klimaveränderungen noch aufhalten zu können.

Earth Overshoot Day

(engl. earth - Erde; engl. overshoot - überschreiten; engl. day - Tag), auf deutsch bezeichnet als „Erdüberlastungstag“ oder „Welterschöpfungstag“, bezeichnet den Tag im Jahr, an dem das Limit erreicht ist, wo der gesellschaftliche Verbrauch an natürlichen Ressourcen die Kapazität zur Erneuerung dieser Ressourcen im gleichen Jahr übersteigt. Er verschiebt sich immer weiter zum Jahresanfang. Er geht zurück auf die Organisation Global Footprint Network, eine Organisation, die sich bemüht, den ökologischen Fußabdruck der Menschheit zu quantifizieren, um so auf die Gefahren der grenzenlosen Ausbeutung der Ressourcen hinzuweisen.

Effektivität

(lat. effectivus - bewirkend) ist das Maß der Wirksamkeit. Damit wird definiert, wie nahe das praktische Ergebnis dem theoretischen Ziel kommt.

Effizienz

(lat. efficiō - schaffen, herstellen) ist das Maß für die Wirtschaftlichkeit. D.h. damit wird die Kosten-Nutzen-Relation zur Erreichung eines Ziels definiert. Der Nutzen sollte möglichst groß bei möglichst geringen Kosten sein.

Frames

Das Wort (engl. Rahmen, Gestell, Gerüst, Rand, Fassung, Schale) steht im Bereich der Kommunikationswissenschaften für einen Deutungsrahmen. Durch die Verwendung bestimmter Schlüsselwörter wird dem Adressaten eine bestimmte Denkweise suggeriert, die ihn leichter zu den durch den Verwender gewünschten Schlussfolgerungen führt. Damit können gerade auch im politischen Bereich Meinungen manipuliert werden.

Geochronologie

Die Geochronologie (altgriech. γη, ge - Erde; altgriech. χρόνος - Zeit, Zeitdauer; altgriech. λόγος, logos - Wort, Lehre) beschäftigt sich mit der Zeitrechnung und -einteilung in der Geologie, der Wissenschaft vom Bau, der Zusammensetzung und der Geschichte der Erde, besonders der Erdkruste. Bezogen auf die Gesteinskörper selbst spricht man von der Chronostratigraphie

altgriech. χρόνος - Zeit, Zeitdauer; lat. stratum - Decke, Schicht; altgriech. γράφειν, gráphein - (be-)schreiben). Man unterscheidet verschiedene Einheiten in der Geochronologie. In der Chronostratigraphie gibt es dazu korrespondierende Bezeichnungen (in Klammern): Äon (Komplex), Ära (Systemgruppe), Periode (System), Epoche (Serie), Alter (Stufe). Die Zeitspanne reicht dabei von mehreren 100 Mill. bis über 1 Mrd. Jahre (Äon/Komplex) bis zu mehreren 100 000 bis zu mehreren Mill. Jahren (Alter/Stufe).

Beispiel: Äon/Komplex: Phanerozoikum (Zeitalter des sichtbaren Lebens)
 -> Ära/Systemgruppe: Känozoikum (Erdneuzeit)
 -> Periode/System: Quartär (viertes Zeitalter)
 -> Epoche/Serie: Pleistozän (Eiszeitalter)
 -> Alter/Stufe: Tarantium/Jungpleistozän

Geo-Engineering

(altgriech. γη, ge - Erde; engl. engineering - Technik) umfasst bewusste und großräumige Veränderungen der planetaren geo- und biogeochemischen Kreisläufe mit Hilfe technischer Mittel. Solche Veränderungen sind sehr risikoreich, da man die komplexen Auswirkungen derartiger Eingriffe nicht ausreichend kalkulieren kann.

Geosphäre

Dieser Terminus (altgriech. γη, ge - Erde; altgriech. σφαίρα - Kugel) wird auch heute noch unterschiedlich definiert. Einerseits wird er als zusammenfassende Bezeichnung für die verschiedenen Sphären der festen Erde - d. h. von der Lithosphäre (Gesteinskruste) bis zum Erdkern) - verwendet. Andererseits definiert man darunter die Sphäre der Erde, in denen sich Leben herausgebildet hat und mit den entsprechenden nichtlebenden Sphären wechselwirkt, d. h. diese Zone umfasst die entsprechende Teile der Atmosphäre (Lufthülle), Hydrosphäre (Wasserhülle) und Lithosphäre (Gesteinshülle) und entspricht somit der Biosphäre bzw. Ökosphäre aus geographischer Sicht.

Glyphosat

ist eine chemische Verbindung und gehört zu den Phosphonaten (Salze der Phosphonsäure). Es wirkt als sogenanntes Breitbandherbizid (siehe Herbizid). Nutzpflanzen, die damit behandelt werden, müssen durch gentechnische Veränderung dagegen resistent gemacht werden.

Green Economy

(engl. green - grün, engl. economy - Ökonomie) soll eine Wirtschaftsweise bezeichnen, die an ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Profitabilität und sozialer Inklusion ausgerichtet ist. Dieses Konzept ist eng angelehnt an den sogenannten Green New Deal, aus dem es teilweise hervorgegangen ist.

Green New Deal

(engl. green - grün, engl. new - neu, engl. deal - handeln, Geschäft tätigen) kennzeichnen wirtschaftspolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, mit der eine ökologische Wende im Kapitalismus eingeleitet werden soll.

Herbizid

Fachausdruck (lat. herba – Kraut, caedere – töten) für „Unkraut“-Bekämpfungsmittel, eigentlich Pflanzenbekämpfungsmittel. Darunter sind chemische Stoffe zu verstehen, die auf unterschiedlichste Weise nur auf bestimmte Pflanzen (selektive Herbizide) oder auf ein breites Spektrum derselben (Breitbandherbizide) wirken. Sie können z. B. die Aminosäuresynthese in Pflanzen verhindern oder das Wachstum beeinflussen. Problematisch für die Anwendung ist die Möglichkeit der Entstehung von Resistenzen bei Wildkräutern.

Holozän

(altgriech. ὅλος, hólos - ganz; altgriech. καινός, kainós - neu) ist der jüngste Abschnitt der Erdgeschichte, der an das Pleistozän als Serie/Epoche anschließt (siehe auch Geochronologie), selbst aber nicht weiter untergliedert wird. Der Beginn wird auf vor ca. 11 700 Jahren datiert.

Kognitive Simulation

stellt das gedankliche Nachahmen von Gehörtem und Gelesenem dar, welches auf der Grundlage der gesammelten und im Gehirn abgespeicherten Erfahrungen erfolgt.

Landgrabbing

(engl. grabbing - ergreifen, packen) ist die Aneignung von Land, insbesondere agrarisch nutzbaren Flächen in Entwicklungsländern durch das Kapital aus den hochentwickelten Ländern. Diese Flächenaneignung dient meist der profitablen Herstellung von Nahrungsmitteln und Futtermitteln für den Weltmarkt, der Ernährung der eigenen Bevölkerung in den Industrieländern bzw. der Bodenspekulation. Für die einheimische Bevölkerung der Entwicklungsländern ist diese Entwicklung oft nachteilig, sie stellt praktisch eine neue Art des Neokolonialismus dar.

Metapher

Die Metapher stellt ein Wort mit übertragener Bedeutung, eine bildliche Wendung dar, ohne dass ein direkter Vergleich eine Relation zwischen dem bezeichnenden und dem bezeichneten Ausdruck nahelegt.

Neuro-Kognition

Der Begriff (griech. Νεύρο, neuro - Nerv; lat. cognitio - Erkennen, Kennenlernen, Vorstellung, Begriff) kennzeichnet die Fähigkeiten des Menschen, über

seine neuralen Mechanismen die ihm zugeführten Informationen zu verarbeiten (Gedanken, Meinungen, Einstellungen, Wünsche, Absichten).

Noosphäre

Dieser Begriff (altgriech. νοῦς, ho nóos - Verstand; altgriech. αφαίρα - Kugel) geht auf den russischen Wissenschaftler Wladimir I. Wednarski zurück. Er schließt den Bereich der Erde ein, in dem die menschliche Gesellschaft existiert und die durch ihre bewusste Aktivität gestaltet wird.

Rebound-Effekt

Dieser Effekt (engl. rebound - Rückschlag, Abprall) sagt aus, dass das Einsparpotenzial von Effizienzsteigerungen in der Praxis oft durch Mehrverbrauch an anderer Stelle teilweise oder ganz kompensiert wird. Wird z. B. ein Produkt effizienter, wird es preiswerter, und es kommt zu einer erhöhten Nachfrage auf dem Markt (direkter Rebound). Wird ein Motor effizienter, könnte Benzin eingespart werden. Das wird dann kompensiert z. B. durch eine höhere Masse des Autos, oder aufgrund der gesparten Kosten werden dann zusätzlich Flugreisen unternommen (indirekter Rebound).

Recycling

Dieser Begriff (engl. recycling - Wiederverwertung, -aufbereitung, -gewinnung, Generierung) bedeutet die Wiederverwertung von Abfallprodukten. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, § 3, Abs. 25 ist das „jedes Verfahren, durch das Abfälle zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen entweder für den ursprünglichen Zweck oder für andere Zwecke aufbereitet werden. Es schließt die Aufbereitung organischer Materialien ein, aber nicht die energetische Verwertung und die Aufbereitung zu Materialien, die für die Verwendung als Brennstoff oder zur Verfüllung bestimmt sind.“ Recycling ist wesentlicher Bestandteil einer ökologischen Wirtschaftsweise. Ausgangspunkt dafür muss aber zuerst einmal sein, nur Produkte, die wirklich notwendig sind, ressourcenschonend zu produzieren und sie auf Langlebigkeit und Reparabilität hin zu konzipieren, was in der kapitalistischen Ökonomie aus Profitgründen nicht gewünscht ist. Stattdessen versucht man lieber, die Lebensdauer der Produkte künstlich zu verkürzen (sogenannte Obsoleszenz).

Smart City

Unter diesem Begriff (engl. smart - schlau, clever, modisch, elegant; engl. city - Stadt) werden Konzepte für technologiebasierte Änderungen in urbanen Räumen zusammengefasst, deren Ziel eine effizientere, ökologischere, technologisch fortschrittlichere und sozial inklusivere Stadt sein soll. In der Praxis scheint es aber häufig eher um die Generierung neuer Produkte zum Zweck der Ankurbelung des Konsums - oft ohne wirklichen Nutzen - zu gehen. Problematisch ist dabei insbesondere auch die Seite der Datenverarbeitung, da die Daten meist im Internet gehalten werden und vielfältige Möglichkeiten der Überwachung und Manipulation eröffnen.

Thinktanks

Denkfabriken (engl. think - denken, glauben, meinen; engl. tank - Reservoir, Becken, Behälter, Tank) dienen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung, indem diese Institutionen Strategien und Konzepte für die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erforschen, entwickeln und bewerten.

Veresterung

ist eine chemische Reaktion, bei der aus einer Säure und einem Alkohol ein sogenannter Ester unter Abspaltung von Wasser gebildet wird.

Autoren

Prof. Dr. agr. habil. Dr.-Ing. Götz Brandt

- geb. 1931
- Beruf Landwirt
- LPG-Vorsitzender
- Studium der Agrar- und Ingenieurwissenschaften
- Promotion Dr. agr. und Dr.-Ing., Habilitation
- Lehrstuhlinhaber für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen
- Direktor des Instituts für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen der Humboldt-Universität zu Berlin
- ab 1975 politische Verfolgung in der DDR
- Forschung an der Bauakademie der DDR
- Kaufmännischer Direktor der Bauakademie der DDR zur Wendezeit
- Mitglied der Geschäftsleitung eines Bauunternehmens in Dortmund
- Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN seit 2003

Wolfgang Borchardt

- geb. 1949
- Physiker
- Tätigkeit in der Halbleiterforschung, als Technikphilosoph, Unternehmensberater im Umweltbereich, Holz- und Leimbauer, IT-Administrator
- Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Übersicht über „Beiträge zur Umweltpolitik“

Zielstellung der Beiträge

Die Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ wird seit 2005 herausgegeben. Analog zu ähnlichen Periodika anderer Herausgeber bei den LINKEN wie z. B. den „Beiträgen zur Wirtschaftspolitik“ will die Ökologische Plattform damit einzelne Schwerpunktthemen umfassend beleuchten, Hintergrundinformationen vermitteln und Zukunftsperspektiven aufzeigen. In den Heften können die Autoren ihren Standpunkt zu ökologischen Themen in größerem Umfang darlegen als es in Artikeln in der „Tarantel“, der Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform, aus Platzgründen möglich wäre. Dabei geht es insbesondere auch um solche Themen, für die ein dringender Informationsbedarf besteht, andererseits aber noch nicht so viele Veröffentlichungen vorliegen. Die populärwissenschaftliche Ausrichtung der Veröffentlichungen soll einem breiten Leserkreis ermöglichen, sich auch ohne fachliche Vorkenntnisse über die jeweilige Problematik informieren zu können. Die „Beiträge zur Umweltpolitik“ bieten der Plattform außerdem die Möglichkeit, Materialien durchgeführter ökologischer Konferenzen zusammengefasst zu publizieren. Für die Abfassung der einzelnen Hefte werden Autoren - Wissenschaftler, Politiker und Umweltaktivisten -, deren Auffassungen linken ökologischer Politikvorstellungen entsprechen, durch die Plattform gewonnen und beauftragt.

Bisher erschienen

Stand: Januar 2017

Von den bei der Plattform selbst veröffentlichte Papierausgaben können, soweit vorhanden, kostenlos - Spenden sind ggf. willkommen - unter der E-Mail-Adresse oekoplattform@die-linke.de angefordert werden.

Wir bemühen uns, vergriffene Hefte als Neuauflage nach nochmaliger Durchsicht und ggf. mit Aktualisierungen wieder zugänglich zu machen. Diese werden im Gegensatz zu den Erstauflagen in der Regel über den durch die Fa. Mediaservice betriebenen Onlineshop der LINKEN veröffentlicht (<https://shop.die-linke.de>). Sind Vorlagen für mehr als die regulär geplanten zwei Hefte pro Jahr verfügbar, werden ggf. weitere Hefte als Erstauflage im Mediaservice gedruckt. Von den nicht beim Mediaservice erschienenen Auflagen können die PDF-Dateien im Web unter www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/oekologische-plattform bzw. www.oekologische-plattform.de heruntergeladen werden.

Wenn es sich aufgrund der Themen anbietet, erfolgt die Herausgabe zusammen mit anderen Zusammenschlüssen der LINKEN.

- #7 1/2005 Voigt, Sabine:
Fragen und Antworten zur Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung
1. Aufl. 2004-12
Heft 7 Rehmer, Christian; Cooke, Anneka:
Die Agro-Gentechnik - zur Zukunft der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft
2., vollständig überarbeitete Aufl. 2013-06
- #12 2/2005 Witt, Uwe; Schnell, Roland:
Erneuerbare Energien - Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung
1. Aufl. 2005-12
2. Aufl. 2006-02
- #6 1/2006 Kindler, Rita:
Bodeneigentum - Bodenspekulation - Landschaftsfraß
1. Aufl. 2006-08; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
Heft 6 2., verbesserte u. aktualisierte Aufl. 2013-06; Mediaservice;
zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
- Papierausgabe beim Mediaservice erhältlich (4,00 €)
- #13 2/2006 Stocker, Gangolf:
Verkehrter Verkehr
1. Aufl. 2006-12; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
2. Aufl. 2010-10; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
- #3 1/2007 Brandt, Götz:
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum?
1. Aufl. 2007-05; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
Heft 3 2., durchgesehene u. ergänzte Aufl. 2011-05; Mediaservice
- Papierausgabe beim Mediaservice erhältlich (4,00 €)

- #1 2/2007 Brandt, Götz:
 „Grünes Auto“ oder „Solarauto“? Ist individuelle Mobilität mit dem Auto nachhaltig möglich?
 1. Aufl. 2007-12; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 Heft 1 2., ergänzte Aufl. 2009-12; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 3., durchgesehene u. ergänzte Aufl. 2011-12; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 - Papierausgabe beim Mediaservice erhältlich (4,50 €)
- #4 1/2008 Scherzberg, Thomas:
 Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft
 1. Aufl. 2008-04; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 Heft 4 2., durchgesehene Aufl. 2011-12; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 - Papierausgabe beim Mediaservice erhältlich (4,00 €)
- #14 2/2008 Energiepolitische Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion der LINKEN, 02. - 04.11.2007 Hamburg:
 klima & energie macht - arbeit
 1. Aufl. 2008-12; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
- #2 1/2009 Brandt, Götz; Pöschl, Josef:
 Das zukunftsgerechte Einfamilienhaus
 1. Aufl. 2009-08; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 Heft 2 2. Aufl. 2010-02; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 3. Aufl. 2013-11; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
 - Papierausgabe beim Mediaservice erhältlich (4,00 €)
- #15 2/2009 Ayboga, Ercan; Rauch, Wasilis; Broekman, Annelies:
 Wasser im Blickpunkt des Kapitals. Wie die wichtige Ressource zur Profitquelle gemacht und zerstört wird
 1. Aufl. 2010-01; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr

- #16 1/2010 Bimboes, Detlef; Brandt, Götz; Scheringer-Wright, Johanna:
Zukunftsgerechte Landwirtschaft in Deutschland
1. Aufl. 2011-05; zusammen mit BAG Agrarpolitik und ländlicher Raum beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE
- #17 2/2010 Tagung der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt - Energie - Verkehr, 11.09.2010 Berlin:
Linke ökologische Programmatik
1. Aufl. 2011-05; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
- #18 1/2011 Tagung der Ökologischen Plattform, 12.03.2011 Berlin:
Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte
1. Aufl. 2011-05
2., geänderte Aufl. 2011-06
- #19 2/2011 Brandt, Götz:
Im Krieg und im Frieden - Militär vernichtet Umwelt
1. Aufl. 2011-11; zusammen mit BAG Frieden und Internationale Politik der Partei DIE LINKE
- #20 1/2012 Sarkar, Saral:
Der Kapitalismus untergräbt die Lebensgrundlage der Menschheit. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise verstehen - ein ökosozialistischer Ansatz
1. Aufl. 2012-05; zusammen mit Initiative Ökosozialismus
- #9 2/2012 Brandt, Götz:
„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe
1. Aufl. 2012-10
Heft 9 2., durchgesehene Aufl. 2013-12; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr
- Papierausgabe beim Online-Shop der LINKEN erhältlich (4,00 €)

- #5 Heft 5 Tagung der Ökologischen Plattform, 26.11.2011 Berlin:
[3/2012] Im Frieden und im Krieg - Militär zerstört Natur
1. Aufl. 2012-04; Mediaservice
- Papierausgabe beim Online-Shop der LINKEN erhältlich (4,00 €)
- #21 1/2013 Borchardt, Wolfgang; Brandt, Götz:
Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret
1. Aufl. 2012-10
- #22 2/2013 Bimboes, Detlef:
Am eigenen Ast sägen. Wie die Wälder Brandenburgs geplündert werden
1. Aufl. 2013-12
- #8 Heft 8 Brandt, Götz:
[3/2013] „100 % ökologisch“. Notwendige Wahlkampflosungen der LINKEN
1. Aufl. 2013-09
- #23 1/2014 Kindler, Rita:
Kann es sozial und ökologisch angemessene Boden- und Pachtpreise für Agrarland geben?
1. Aufl. 2015-05, zusammen mit BAG Agrarpolitik und ländlicher Raum beim PV der Partei DIE LINKE
- #24 2/2014 Götz Brandt:
Entfremdung von der Natur
1. Aufl. 2016-11
- #10 Heft 10 Konferenz der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, der
[3/2014] Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und des Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e. V., 15.11.2014 Paaren:
Speicherung erneuerbarer Energie in den nördlichen Bundesländern
1. Aufl. 2015-01 (nur elektronisch)
2., durchgesehene Aufl. 2015-04 (nur elektronisch)

- #25 1/2015 Götz Brandt:
Produktivkräfte für eine ökosoziale Gesellschaft
1. Aufl. 2015-10
- #11 Heft 11 Konferenz der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, der
[3/2015] Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und des Bio-
energiedorf-Coaching Brandenburg e. V., 15.11.2014 Paa-
ren:
Strompreislügen
1. Aufl. 2015-09 (nur elektronisch)

